

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 161

SONNTAG, 12. Juli 1936

Aus dem Inhalt:

Die vierzehn Jahre
Der Weg des Robert Ley
Ein deutscher Richter
Der Parteijunker

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Putzschgefahr in Danzig

Die Verantwortung des Völkerbundes

Wenn der Völkerbund moralisch im Herzen der Völker und politisch in ihrem Bewußtsein fest verankert wäre, so müßte von seinen letzten Sitzungen eine tiefe und heilsame Erschütterung ausgehen. Ein schwaches Land, das von einem mächtigen überfallen worden ist, ist von den zu seiner Rettung Verpflichteten, ist von den stärksten Mächten der Erde preisgegeben worden. Der Satz: Gewalt geht vor Recht hat triumphiert.

Der Vergewaltigte hat seine nicht zu widerlegende Anklage erhoben und die Deserteure des Rechts haben Erklärungen für die Preisgabe vorgebracht. Der Kern ihrer Erklärungen war, daß die unmittelbare, drohende, größere Gefahr in Europa selber liege, und daß sie Abessinien preisgegeben haben, damit nicht Hitler sich zum Herrn Europas mache.

Ein nicht ganz offen zutage liegender, aber gefährlicher Konflikt hat sich gezeigt zwischen Frankreich und Sowjetrußland einerseits, die den Zusammenschluß gegen den Angreifer Hitler wollen, und England andererseits, das den Angreifer Hitler zum Garanten des Friedens machen will.

Ein Wort von ungeheurer Ernst ist gefallen, das zeigt, wie weit die Dinge gediehen sind: das Wort, daß der Krieg letzten Endes nur durch den Krieg bekämpft werden kann.

Und schließlich hat der Kaiser von Abessinien das Bild des wirklichen Krieges entrollt: Giftgasnebel, die wie große zusammenhängende Tücher über das Land getragen werden, so daß Männer, Frauen und Kinder unter entsetzlichen Leiden sterben, das Vieh eingeht, Brunnen, Flüsse, Felder, Weideland, Nahrungsmittel, alle vergiftet, den Tod weitertragen. Das hat der italienische Faschismus über Abessinien gebracht. Um das gleiche Schicksal über die europäische Bevölkerung zu bringen, rüsten die machtwahnsinnigen Despoten in Europa, rüsten das Dritte Reich.

Aus diesen Verhandlungen, aus den Reden der Staatsmänner in Genf erhebt sich das beklemmende Bild einer ungeheueren Gefahr, enthüllt sich ein unerträglicher Zustand, der unmöglich dauern kann, ohne daß der Friede zerbricht. Aber die Völker sind blind, blind, obwohl seit drei Jahren der Hitlerwahnsinn gegen den Frieden tobt. Sie werden blind gehalten. Die großen und gefährlichen Wahrheiten, die in Genf gesprochen werden, wie die großen und gefährlichen Lügen dringen nicht bis in die Tiefe der europäischen Völker. Der Geist autoritärer Dirigierung der öffentlichen Meinung, der weiter verbreitet ist als der Faschismus, stellt sich der klärenden und reinigenden Wirkung des großen Genfer Zusammenbruches entgegen.

Aber Wort und Tat der Kriegstreiber selber verhindern jeden Einschläferungsversuch. Es hat Hitler nicht genügt, daß die Ohnmacht der Politik der Kriegsverhinderung gegen mächtige Verbrecherstaaten in Genf festgestellt worden ist, daß der Schatten der deutschen Gefahr über den Genfer Verhandlungen lag. Er hat einen Faustschlag auf den Tisch des Völkerbundsrates führen lassen, bildlich und tatsächlich, der den Uebermut der Kriegsverbrecher so gut erkennen läßt, wie die Tatsache, daß sie sich fertig und bereit fühlen zu jeder Provokation auf jede Gefahr hin. Er hat

dem Völkerbund den wahren Nationalsozialismus demonstriert. Als hinter dem Senatspräsidenten Greiser der Gangsterführer zum Vorschein kam mit der Sprache und den Gesten des braunen Pöbels, zerrissen die Fiktionen, mit denen die europäischen Mächte gegenüber dem Hitlersystem bisher gearbeitet haben. Jetzt wissen sie, mit wem sie es zu tun haben. Jetzt weiß alle Welt, daß sie es wissen. Wenn sie jetzt mit ihnen handeln und verhandeln, können sie sich nicht mehr hinter den Annahme verbergen, daß sie Staatsmann und Verbrecher nicht unterscheiden könnten. Sie wissen, daß sie mit Leuten zu tun haben, die ihnen bewußte Lügen ins Gesicht sagten und

verlogene Versprechungen abgaben, solange sie sich noch unsicher fühlten und die ihnen heute Bombengeschwader auf den Hals wünschen, weil sie die europäische Friedenspolizei für zusammengebrochen halten. Die Szene, die Greiser in Genf aufgeführt hat — aufs tiefste entwürdigend für das ganze deutsche Volk — war der Triumph der Gemeinheit des Verbrechertums über den Zusammenbruch der Polizei. Diesem Verbrechen, diesem charakterlosen und kulturlosen Gesindel ist das deutsche Volk ausgeliefert, und jetzt hält es die Stunde für gekommen, um seinen bisherigen Gewalttaten neue hinzuzufügen.

Der Mann, der auf Hitlers Befehl in

Genf die Maske abwarf und den Rüpel spielte, wird auf den gleichen Befehl hin die Mehrheit der Danziger Bevölkerung knechten und martern, mit der gleichen Roheit, die er in Genf gezeigt hat. Dieser Faustschlag auf den Tisch des Völkerbundsrats ist eine gefährliche und unmittelbare Drohung gegen die Minderheit der Danziger Bevölkerung. Das Hitlersystem bereitet einen neuen Gewaltstreich gegen einen Teil des deutschen Volkes vor.

Die großen Kulturstaaten haben der Erdrosselung der Freiheit des deutschen Volkes, der Vernichtung der deutschen Kultur untätig zugesehen. Sie haben zu der Häufung von Verbrechen und Gewalt

Wirklichkeit und - Chimäre

Hitlers Friedensliebe soll erprobt werden

Die Völkerbundsversammlung ist nun vorüber. Sie hat das getan, was sie angesichts des Verhaltens der englischen Politik allein tun konnte, sie hat den Verzicht auf die Sanktionen registriert. Die Maßnahmen für eine Reform des Völkerbundsstatuts sind auf eine Herbstversammlung verschoben worden. Für diese Reform liegt ein Plan der französischen Regierung vor. Danach soll eine sehr zeitraubende, in Wirklichkeit angesichts der sehr verschiedenen Interessen der einzelnen Staaten völlig unrealisierbare Gesamtrevision des Statuts vermieden werden. Der Artikel 11 soll in der Weise abgeändert werden, daß das Prinzip der Einstimmigkeit beseitigt wird, das dem eventuellen Angreifer erlaubte, sich bis zu dem Moment allen wirksamen Maßnahmen zu widersetzen, in dem er selbst den Zeitpunkt für den offenen Paktbruch gekommen erachtet hatte. Zugleich sollen die allgemeinen Sicherheitsbestimmungen des Völkerbundsstatutes dadurch größere Realität erlangen, daß Regionalpakete geschlossen werden, deren Teilnehmer sich für konkrete Angriffsfälle zu gegenseitigem militärischen Beistand verpflichten, während die übrigen Völkerbundmitglieder mindestens zu wirtschaftlichen Sanktionen gegen den Angreifer verpflichtet bleiben. Wie weit die englische Politik, auf die es seit der Befestigung des Rheinlandes viel mehr ankam als auf die französische, sich auf diese Regionalpakete einlassen wird, steht aber auch nach der Rede Edens in Genf durchaus nicht fest. Trotzdem kommt alles darauf an; denn nur der Beitritt Englands als Garanten von Regionalpaketen in Mittel- und Osteuropa würde dem Frieden wirklich zu einem unteilbaren machen und damit wirklich sichern. Davon ist aber die jetzige englische Politik noch weit entfernt.

In Wirklichkeit ist deshalb das Zustandekommen einer mehr oder weniger eingreifenden Reform des Genfer Statuts von keiner ausschlaggebenden Bedeutung. Denn der Schwerpunkt der Politik hat sich seit dem Erstarken der kriegerischen Diktaturen eben längst von Genf und der Völkerbundspolitik zu den Regionalpaketen verschoben. Von ihnen, ihrer Ausdehnung und Wirksamkeit allein wird es abhängen, ob die Diktaturen zu neuen Angriffen schreiten. Wirksamkeit aber heißt militärische Ueberlegenheit und nichts anderes. Deshalb sind auch diese Regionalpakete trotz aller pazifistischen und sozialistischen Verhüllungs-Ideologien nichts anderes als Militäralianzen zur Verteidigung gegen die Kriegspolitik der Diktaturen. Daß wir so weit gekommen sind,

verdanken wir jener Politik der Illusionen — nicht zuletzt der pazifistischen und sozialistischen — die es nicht rechtzeitig verstanden hat, dem militärischen Erstarken der aggressiven Mächte Einhalt zu tun.

Auf dem Völkerbundstag hat Léon Blum eine ungewöhnlich schöne Rede gehalten, in der er nicht nur die bedrohliche Lage, in die Europa geraten ist, sehr klar auseinandergesetzt, sondern in der er noch einmal die letzten Ziele sozialistischer Friedenspolitik entwickelt hat. Wenn man, sagte Blum, die kollektive Sicherheit in einem waffenstarrten Europa organisieren will, so stellt das jedes Volk vor eine nur allzu grausame Alternative. Die internationalen Verträge werden zerrissen, wenn die Mächte, die sie geschlossen haben, nicht gegebenen Falles bis ans Ende gehen, d. h. nicht bereit sind, Krieg zu führen, um den Frieden zu retten. Der Pakt legt diese Alternative allen Mächten ohne Unterschied auf. Unsere Pläne gehen dahin, das Risiko auf jene Mächte zu beschränken, die geographisch oder politisch einem Angriff am meisten ausgesetzt sind. Aber mehr oder weniger allgemein, das Risiko bleibt bestehen. Blum fügt hinzu, daß je klarer man die Situation erkennt, je weniger man zögert, die Gefahr auf sich zu nehmen, desto geringer würde die Kriegseventualität. Aber eine solche kollektive Sicherheit würde erst dann gewährleistet sein, wenn sie sich mit der allgemeinen Abrüstung verbände. Denn erst die Abrüstung würde die Garantie dafür geben, daß die Schiedspritche des Völkerbundes befolgt oder die beschlossenen nichtmilitärischen Sanktionen wirkungsvoll gemacht würden. Blum fragt sich selbst, ob in diesem Augenblick von Abrüstung zu sprechen, nicht eine Chimäre sei. Aber ohne ihre Verwirklichung bliebe der Friede immer bedroht. Deshalb müßte der gute Glaube aller Mächte auf die Probe gestellt werden. Von allen Seiten kämen die Versicherungen der Friedensbereitschaft. Sie müßten erprobt werden. »Ich will nicht glauben, daß angesichts eines gemeinsamen Willens, wenn eine gemeinsame Anstrengung noch einmal versucht wird, eine einzige Macht allein antworten könnte: Ich weigere mich, teilzunehmen. Durch meine Weigerung zwingt ich alle anderen Nationen der Welt bewaffnet zu bleiben, jeden Tag die Rüstungen zu verstärken und sie so schließlich gegen ihren Willen auf den Weg zu zwingen, der in den Abgrund des Krieges führt.«

Wir wollen nicht polemisieren, wollen nicht erst untersuchen, ob der Krieg Mussolinis gegen Abessinien unter Bruch der Spezial-

verträge mit diesem Staat, unter Bruch des Kellogg- und Völkerbundsstatutes, unter Bruch des Vertrages, der die Anwendung von Giftgasen verbietet, unter Androhung eines europäischen Krieges nicht eine genügende Antwort auf die von Blum gewünschte Probe bietet. Wir wollen nicht untersuchen, ob die Verwandlung Deutschlands in ein waffenstarrtes Kriegslager, ob Hitlers Ablehnung, sich in irgend ein System wirksamer kollektiver Sicherheit einzufügen, keine genügend deutliche Antwort auf die Verwirklichungsmöglichkeit der »Chimäre« ist. Uns bleibt nichts übrig als die Konstatierung, daß eine neue Erprobung der Friedensliebe Hitlers und Mussolinis in Aussicht steht, die auch trefflich der Unentschlossenheit der englischen Politik entgegenkommt. Die nächste Phase wird eine Erprobung des deutschen Friedenswillens im engeren Kreise der Locarnomächte sein. England, Frankreich und Belgien wollen demnächst in Brüssel zusammenkommen, um zu sehen, was von Locarno noch zu retten ist. Sie hoffen sehr, daß Mussolini gewillt sein wird, an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. So leicht wird es freilich der Sieger über England und den Völkerbund den Einladenden nicht machen. Er wird wohl noch einige Forderungen anmelden. Er fühlt sich durch die Anwesenheit einer starken englischen Flotte im Mittelmeer und durch die militärischen Abmachungen Englands mit den kleinen Mittelmeermächten, aber auch durch die Wiederbefestigung der Dardanellen und durch die russische Forderung der freien Durchfahrt der russischen Flotte in das Mittelmeer beengt und geniert. Soll er als neu zu Ehren kommender Garant kollektiver Sicherheit im Westen auftreten, dann dürfte er wohl einige Bedingungen stellen, die für England als Mittelmeermacht weitere sehr wesentliche Opfer bedeuten könnten. Die Neuerprobung des Friedenswillens könnte so schon in ihrem Vorstadium zu einer neuen Stärkung des Angreifers führen. Die Berührung der Chimäre mit der Wirklichkeit könnte also sehr rasch zur Ernüchterung führen. Weigert aber Italien seine Teilnahme, so hat Hitler eine glänzende Ausrede, um bei der fortbestehenden Verwirrung und Unsicherheit das Eingehen fester Verpflichtungen abzulehnen. Er kann das um so eher, als bis zum Zusammentreten der Konferenz die Wacht am Rhein in den neuen Festungen außerordentlich gestärkt sein wird. Die Politik der Erprobung der Wirklichkeit endet nicht erst, sondern beginnt schon als Chimäre.

Dr. Richard Kern.

Ein deutscher Richter

Friedrich Deerberg verurteilt Sozialdemokraten

geschwiegen. Dieser Greiser, der ihnen gezeigt hat, von wem das deutsche Volk heute beherrscht wird, ist das Produkt ihrer Untätigkeit. Sie haben sich hinter das Prinzip der Nichteinmischung zurückgezogen. Im Falle Danzig aber ist das Prinzip der Nichteinmischung nicht anwendbar. Hier liegt eine feierliche internationale Rechtsgarantie vor, hier ist ein Zwang zur Einmischung feierlich stipuliert, falls die Rechte und Freiheiten der deutschen Bevölkerung Danzigs geraubt werden sollten. Daß dieser Raub beabsichtigt ist, daran ist kein Zweifel mehr möglich. Die Verfassung soll gebrochen, die Opposition mit Gewalt zertreten, das nationalsozialistische Parteimonopol aufgerichtet werden. Kein Zweifel ist auch erlaubt, daß dies der Plan einer Minderheit gegen die Mehrheit der Danziger Bevölkerung ist.

Die letzte Volkstagswahl in Danzig hat den Nationalsozialisten trotz Terror und unverschämtester Wahlfälschung nur noch eine knappe Mehrheit gebracht. Aus der Prüfung der Methoden, ja aus dem Material, das vor dem Wahlprüfungsgericht ausgebreitet wurde, ergab sich, daß sie schon damals keine Mehrheit hatten. Seitdem aber ist die Opposition, die im wesentlichen aus Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschnationalen besteht, unauffällig gewachsen. Die letzten Reste der Freiheit, die die Völkerbundsgarantie der Verfassung erhalten hat, haben der Opposition genügt, um trotz Terror, Verfolgung, Rechtsbruch Geist und Willen der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Heute wissen die Nationalsozialisten in Danzig, daß eine neue Volkstagswahl ihre erschobene und erfälschte Parlamentsmehrheit hinwegfegen würde. Hier ist ein Beispiel für jene, die kühl bis ans Herz hinan gegenüber den Leiden der Freiheitsfreunde und dem Tod der Freiheit in Deutschland erklären: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott. Hier ist ein Teil des deutschen Volkes, der im Begriff ist, sich selber zu helfen, und der eben deshalb unter Zuhilfenahme der Parteimacht und der Staatsmacht eines despotischen Großstaates unter schmachlichstem Rechtsbruch vergewaltigt werden soll. Der geringste Rest demokratischer Freiheiten genügt ihnen für erfolgreiche Verteidigung, ja für die Zurückwerfung des braunen Feindes — aber dem Putsch gegenüber, hinter dem die Militärmacht des Dritten Reiches steht, sind sie ohnmächtig. Wenn das Gesindel um Greiser die Verfassung zerreißen, wenn die Garantemächte dem Verfassungsputsch mit gekreuzten Armen zusehen, ist auch dieser Teil des deutschen Volkes verurteilt. Dann drohen ihm der offene und der versteckte Mord, die Verschleppung in deutsche Konzentrationslager, das ganze Grauen des totalen nationalsozialistischen Systems.

Das ist die Verantwortung, vor der die Völkerbundsstaaten stehen. Sollen Hunderttausende von freiheitsliebenden Deutschen in Danzig ebenso dem Rechtsbruch, der faschistischen Gewalt preisgegeben werden, wie die abessinische Bevölkerung? Ihre Zahl ist geringer, das Territorium, das sie bewohnen, ist winzig klein — aber ihre Preisgabe gegenüber rechtbrechender Gewalttätigkeit würde mindestens so schwer für die moralische und politische Verurteilung der Garantemächte ins Gewicht fallen. Wenn die um Greiser die Danziger Verfassung zerreißen, wird nicht ein territoriales Souveränitätsprinzip angegriffen, sondern mehr. Dieser Angriff bedroht das demokratische Recht einer Volksmehrheit, er droht die Vernichtung eines höheren Kulturzustandes und die Zurückführung der Danziger Bevölkerung auf ein Niveau der politischen und menschlichen Kultur, das durch die Person Greisers hinreichend charakterisiert ist, er droht die Unterwerfung von freiheitsliebenden, anständigen Menschen unter die Despotie des braunen Pöbels, er droht die Ersetzung der großen Prinzipien, auf die der Völkerbund und das Verfassungsleben der westeuropäischen Großstaaten aufgebaut worden ist, durch die reaktionären mittelalterlichen Prinzipien der Despotie. Die ideelle Niederlage des Völkerbundes wäre ungeheuer, wenn er diesen Angriff dulden würde.

Es würde nicht nur eine ideelle Niederlage sein. Eine neue Niederlage des Völkerbundes in Danzig wäre ein neuer Durchbruchserfolg der braunen Machtpolitik. Kommt der Völkerbund in Danzig zu Fall, so wankt ganz Mitteleuropa. Das Recht der Mehrheit der Danziger Bevölkerung gehört so gut zum europäischen Status quo wie irgend eine Grenzfrage, oder wie das internationale Statut Danzigs

Am 15. Juni schloß in Stettin eine Prozeßserie gegen sozialdemokratische, freigewerkschaftliche und kommunistische Funktionäre mit hohen Zuchthausstrafen ab. Seit dem 12. Mai tagte der 4. Strafsenat des Kammergerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Deerberg.

(»Neuer Vorwärts«, 28. Juni 1936.)

Von diesem Dr. Deerberg, ehemaligen deutschnationalen Landtagsabgeordneten für Preußen, sei hier einiges mitgeteilt. Er, der jetzt Sozialdemokrat wegen ihrer Gesinnung auf Jahre und Jahre ins Zuchthaus schickt, hatte eine Periode in seinem Leben, in der er die Freundschaft von Sozialdemokraten suchte und kaum hoch genug einzuschätzen wußte.

Sie hatte freilich noch nicht eingesetzt, als der ziemlich unbekannt Rechtsanwalt aus dem westlichen Industriegebiet i. J. 1921 als Novize im preußischen Landtag auftauchte. Der ungesund aufgeschwemmte Mann mit den kleinen, zwinkernden Augen — seine Erscheinung hatte etwas vom Nilpferd — wirkte in Auftreten und Denken als der personifizierte Stammtischdebatter. Er sprach, vielmehr deklamierte schwitzend, mit tremolierender Bruststimme, glitt leicht ins Sentimentale ab, namentlich, wo diese Tonart deplaciert wirkte. Gleich sein erstes Auftreten führte zu einem Skandal: als Redner zum Justizhaushalt konnte Deerberg sich nicht enthalten, ein anfängliches Abrücken von den Morden an Erzberger und Rathenau umzubiegen durch ein Loblied auf die »nationalen Junglinge«, auf die Mörder der Organisation Consul. Die entrüstete Linke unterbrach Deerberg minutenlang: seine Haltung in diesem Augenblick zeigte weniger Trotz als Schrecken über die scheinbar nicht vorausgesehene Wirkung seiner Worte.

Er galt noch lange als gedunsener Reaktionsär. Im Untersuchungsausschuß über den Seehandlungsskandal von 1925 führte er als stellvertretender Vorsitzender die Zeugenvernehmungen derart parteilich durch, daß die Mehrheit des Ausschusses sich weigerte, unter diesem Präsidium weiter zu tagen und die Sitzung durch Hinausgehen aufzuliegen ließ. Diese Lektion blieb auf Deerberg nicht ohne Eindruck: er bemühte sich seitdem ersichtlich, durch ruhigeres Auftreten den Skandal vergessen zu machen.

Einige Jahre später war mit Dr. Deerberg eine viel weiter gehende Wandlung eingetreten: rückschauend wird man sie in gewisse Beziehung zu seiner Berufsentwicklung bringen müssen. Deerberg, von Haus aus beamteter Landrichter, war nach dem Kriege zur Anwaltschaft übergetreten, weil sein Inflationsgehalt für den Unterhalt seiner Familie nicht ausreichte. Vielleicht hatte er durch seine deutschnationale Betätigung Anschluß an die potenten Kreise der rheinisch-westfälischen Industrie erhofft. Sicher ist: der nicht nur körperlich schwere und mit Merkmalen kleinbürgerlicher Abkunft behaftete Mann fand nicht den Weg zu den Industriekontoren. Trotz seines deutschnationalen Landtagsmandats blieb seine Anwaltpraxis äußerst bescheiden. Schließlich schien für Deerberg das — inzwischen wieder stabil gewordene — Richtereinkommen gegenüber den unsicheren Rechtsanwalts-honoraren das Vorteilhaftere zu sein.

überhaupt. Das eine gehört so gut dazu wie das andere, und dem Bruch des einen folgt der Bruch des anderen. Heute will das braune System die Völkerbundskontrolle über die Danziger Verfassung zerreißen und schreit in allen Tönen, daß es die Rechte der Polen in Danzig bis zum äußersten respektieren werde. Ein enthüllender Zug übrigens, das Recht der deutschen Mehrheit in Danzig zertreten zu wollen, aber das Recht der Polen zu respektieren, um das Recht der Deutschen um so sicherer vernichten zu können. Morgen wird vom internationalen Statut Danzigs nichts mehr übrig sein. Ist es noch nicht genug der systematischen Demonstrationen und Provokationen? Steht nicht Danzig schon lange auf dem Programm der braunen Machtpolitik — und was kommt nach Danzig? Mit zynischer Leidenschaft fordert die Presse des Hitlersystems von England in ganz offenen Worten den Jagdschein für Mittel- und Südosteuropa, während sie gleichzeitig mit hysterischem Geschrei die neue französische Regierung der Friedensstörung durch die geplante »Politik der Allianzen« beschuldigt. Mit bruta-

In Preußen regierte die Weimarer Koalition. Das Justizministerium wurde seit 1919 ununterbrochen vom Zentrum verwaltet; der alte Am Zehnhoff war durch den jüngeren, demokratischen Schmidt-Lichtenberg ersetzt worden; mit ihm kam ein frischerer Zug in die Justizverwaltung. Daß in absehbarer Zeit ein anderer Justizminister amtierend würde, galt damals als ausgeschlossen: selbst beim etwaigen Zerfall der Weimarer Koalition und der Bildung einer Rechtsregierung wäre das Zentrum an der Macht geblieben und hätte seine bisherigen Ministerien nicht aus der Hand gegeben.

Und siehe da: der reaktionäre Landrichter Dr. Deerberg entwickelte sich zum vorurteillosen, objektiven, reformfreudigen Juristen. Jetzt hielt er keine Brandreden mehr, lobte nicht mehr Meuchelmörder als »nationale Junglinge«. Im Rechtsausschuß, in Untersuchungsausschüssen bemühte er sich, mit peinlich abgewogener Gerechtigkeit über den Dingen zu stehen. Gewiß blieb er Wortführer seiner Partei; aber er vertrat deren Standpunkt in anderer Weise als früher: unhaltbare Dinge gab er preis, sah auch das Recht auf der Gegenseite, zeigte sich vernünftigen Argumenten zugänglich. Im Untersuchungsausschuß über die Fememorde der Schwarzen Reichswehr z. B. stimmte er den Feststellungen des sozialdemokratischen Berichterstatters in der Hauptsache zu, nachdem er ein paar unwesentliche Milderungen der Formulierung ausgehandelt hatte. Er wurde mehr und mehr der Mann, der mit sich reden ließ. Er begeisterte sich für den humanen Strafvollzug, für das System der bedingten Strafaussetzung. Mehr als einmal trat er im Rechtsausschuß an der Seite der Sozialdemokraten für die Begnadigung von Streikposten ein, die in Schlägereien mit Streikbrechern geraten waren, für die Freilassung von Frauen, die gegen den § 218 verstoßen hatten usw. usw.

Der Wandel drückte sich auch im Persönlichen aus. Mit dem Vorsitzenden des Rechtsausschusses, dem verstorbenen Gen. Eugen Brückner, sah man Deerberg oft im vertrauten Gespräch. Brückner wagte das Experiment, die Mitglieder des Rechtsausschusses, die durch die gemeinsame Beratung unzähliger Gnadengesuche menschlich einander näher getreten waren, zu geselligem Zusammensitzen zu laden: Deerberg fehlte nie dabei. In den Unterhaltungen mit Kollegen der Linken schüttete er gerne sein Herz aus: er fühlte sich hinausgewachsen über die anerzogenen Vorurteile, er habe durch die Zusammenarbeit erkannt, daß auf der anderen Seite auch Menschen mit lauterem Willen und anständigem Denken säßen. Jüdischen Kollegen versicherte er: er sei niemals Antisemit gewesen, er verabscheue den Antisemitismus, von Jugend auf habe er gerade unter den Juden Freunde gehabt und Charaktere kennen gelernt, die ihm nur Hochachtung abnötigten. — Es war da noch ein deutschnationaler Kollege Deerbergs im Rechtsausschuß, ein ausrangierter Repetitor namens Kauffmann: der kultivierte nach wie vor den von Deerberg längst aufgegebenen Kriegervereinstil. Deerberg hatte in Gesprächen mit Kollegen der Linken nur ein verächtliches Achselzucken über Kauffmanns Hanswurstiaden.

ler Offenheit sucht sie neue Zwietracht zwischen England und Frankreich zu säen, eine Spaltung Europas herbeizuführen, die das braune System zum Herrn über alle macht. Und was dann?

Der braune Provokateur Greiser hat in Genf enthüllt, was dann kommt: »Höchste Zeit, daß malein Bombengeschwader die ganze Quatschbude in die Luft sprengt!« Das ist mehr als rüpelhafte Prahlerei. Dies kulturlose, verbrecherische Gesindel befiehlt über Hunderte von Geschwadern, es wünscht den Tag herbei, um sie anzuwenden, und seine Taten werden noch brutaler und verbrecherischer sein als seine Reden!

Bürgerkriegs-Manöver

Die SA-Standarte 43 in Königsberg wurde zu einer Übung eigener Art zusammengetrommelt. Der Standartenbefehl lautete:

»Es sind in letzter Zeit in verschiedenen Stadtteilen verbotene Druckschriften zur Verteilung gelangt. Die Ermittlung hat ergeben, daß die Druckschriften von außerhalb durch Einzelperso-

Die Wandlung zeitigte Folgen: der Landrichter Deerberg wurde als Kammergerichtsrat nach Berlin versetzt. Immerhin erst ein bescheidener Anstieg. Der Landtagsabgeordnete Deerberg übte sich noch stärker in Objektivität und Loyalität. Und es kam der Tag, wo Deerberg zum Senatspräsidenten am Kammergericht avancieren sollte. Durch irgend eine Indiskretion wurde indessen die Ernennung Deerbergs von einer Zeitung veröffentlicht, bevor sie tatsächlich erfolgt war. Woran die plötzliche Verzögerung lag, ist uns unbekannt. Irgend welche Widerstände waren aufgetaucht; wahrscheinlich waren sie in Deerbergs politischer Umgebung zu suchen, wo man den allzu Loyalen nicht mehr recht traute.

In diesen Tagen der Ungewißheit ging etwas Seltsames mit Deerberg vor: der aufgedunsene Mann schrumpfte zu einer Jammerngestalt. Seine Nerven brachen zusammen. Er lief zu Heilmann, dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, flehte ihn mit tränenerstickter Stimme, ja unter wirklichen Tränen an, sich doch beim Justizminister Schmidt für seine, Deerbergs Ernennung zum Senatspräsidenten eindringlich zu verwenden. Wenn nichts aus der Beförderung würde, sei er, Deerberg, ein verlorenener Mann: die vorzeitige Veröffentlichung habe ihn bis auf die Knochen blamiert. (Es verschlug dem Richter Deerberg nichts, daß er i. J. 1925 als Wortführer der Deutschnationalen im Barmatausschuß mit aller Wucht für die Diffamierung des gleichen Mannes eingetreten war, den er jetzt anflehte. Er hatte Heilmann und dessen Freunden inzwischen mehr als einmal unter vier Augen die Versicherung abgegeben, sich von Heilmanns persönlicher Makellosigkeit restlos überzeugt zu haben.)

Heilmann, etwas peinlich verduzt über das Verhalten eines Mannes, der immerhin und schließlich zur politischen Gegenseite zählte, versicherte Deerberg wahrheitsgemäß, die sozialdemokratische Fraktion sei an den Treibern gegen seine Ernennung völlig unbetelligt. (So war es auch, denn allgemein glaubte man damals an Deerbergs innere Wandlung.)

Deerberg aber, völlig außer Fassung, war noch nicht ganz von Heilmanns Worten überzeugt. Und nun geschah etwas, was wohl beispiellos dasteht in der Geschichte solcher Unterhaltungen: Die Hand des Gegners, des jüdischen Sozialdemokraten Heilmann, umkrampfend, vollzog Deerberg die letzte Entblößung mit dem heiseren Schrei: »Herr Heilmann, ich trete aus meiner Partei aus, wenn Sie es verlangen. Nur retten Sie mich aus dieser Situation!«...

Er brauchte nicht auszutreten. Vierundzwanzig Stunden später hatte der Justizminister Schmidt Deerbergs Ernennung verfügt.

So wurde der Richter Deerberg vor ca. sechs Jahren Senatspräsident am Kammergericht. Er schickte heute als solcher die Sozialdemokraten wegen ihrer Gesinnung ins Zuchthaus, deren Knie er einst umfaßt hat, um auf den Posten zu gelangen.

»Il y a des juges à Berlin!« — Aber was für welche! Dr. X.

nen oder Autos in die Stadt gebracht worden sind. Durch eine schlagartige Maßnahme sollen die Personen dingfest gemacht werden... Die Standarte 43 ist beauftragt worden, die Absperrung südlich der Stadt durchzuführen...«

Im Laufschrift begaben sich die Stürme an die ihnen zugewiesenen Plätze und sperrten den bezeichneten Stadtteil »hermetisch« ab. Wie der Bericht besagt, gelang es dem angenommenen Gegner jenseits der Linie — nämlich dem braunen Nachrichtensturm — in der Tat nicht

»unauffällig einzeln oder in kleinen Gruppen in die Stadt einzudringen, die Linien der SA mit Gewalt, Schnelligkeit, List und Tücke zu durchbrechen oder — was leichter wäre — offene Stellen in dieser Linie etwa an den »Nähten« ausfindig zu machen.«

Man übt also für den Ernstfall bereits die Methode, eine ganze Stadt von jeder Nachrichtenführung abzuschneiden. Die Sache hat nur einen Haken: wenn es erst mal so weit ist, werden die »Nähte« an mehr als einer Stelle geplatzt und ohne List oder Tücke zu durchbrechen sein.

Ein Fälscher gegen Fälschung

Arbeitseinkommen und Kapitalgewinn

Dem Statistischen Reichsamt ist die Kritik des Auslandes an seinen Zahlen, die einzige Kritik, der sie in der Öffentlichkeit ausgesetzt ist, ein Dorn im Auge. Aber selten läßt sich Herr Wagemann herab, das offen auszusprechen, denn er hütet sich wohl, auf die wunden Punkte seiner statistischen Methoden selbst aufmerksam zu machen. Im zweiten Aprilheft von »Wirtschaft und Statistik« wird jedoch die Auslandspresse schwer gerüffelt. In einem Artikel »Das Arbeitseinkommen im Jahre 1935« leistet sich Herr Wagemann die folgende grobe Anrempelung:

»Die früher hier veröffentlichten Durchschnitte für 1933 und 1934 sind von einigen ausländischen Blättern in grober Weise mißbraucht worden. Man verglich sie, ohne das anzugeben, mit Facharbeiterlöhnen von 1929 und folgerte daraus eine fortschreitende Verschlechterung des deutschen Lohnniveaus, obwohl die Verbesserung von 1933 auf 1934 darin bereits zum Ausdruck kam.« Herr Wagemann hat also die Kühnheit, die Auslandspresse bewußter Fälschung zu bezichtigen. Er selbst ist freilich ein ebenso wahrheitsliebender Statistiker wie sein Führer ein ehrlicher Friedensfreund.

Wagemann erspart es sich, die angebliche Fälschung zu zitieren und den angeblichen Fälscher zu benennen. Es läßt sich also nicht feststellen, was die Entrüstung über fremde Fälschung veranlaßt hat. Selbstverständlich darf man nur Gleiches mit Gleichem, den Durchschnittslohn der Gesamtarbeiterschaft nicht mit dem nur der Facharbeiter vergleichen. Sehen wir also zu, was sich aus der in »Wirtschaft und Statistik« veröffentlichten Uebersicht der »Angaben von 1929 bis 1935« ergibt, die Wagemann dort mittelt, »um einer erneuten Irreführung dieser Art vorzubeugen«. Darnach betrug der durchschnittliche Wochenverdienst je Arbeiter, errechnet aus der Statistik der Beiträge zur Invalidenversicherung, im Deutschen Reich 1932 22,88 Mark, er sank auf 21,88 1933, stieg dann auf 22,83 1934 und 24,04 1935. Es war demnach in zwei Jahren des Hitleraufschwungs der Durchschnittsverdienst des Schmachjahres 1932 nicht erreicht und 1935 erst um 1,16 Mark gleich 5 Prozent überschritten. Nicht anders steht es mit den auf Grund der Beiträge zur Angestelltenversicherung errechneten Monatsverdiensten der Angestellten. Sie betrugen 182 Mark 1932 und 189 Mark 1935, also eine Zunahme, die noch hinter 4 Prozent zurückbleibt. »Wirtschaft und Statistik« berapert dazu:

»Da die Lohn- und Gehaltstarife bisher gleich geblieben sind, konnte der Rückgang der Jahre 1930 bis 1932 erst zum Teil wettgemacht werden.«

Damit ist zugegeben, daß die Löhne den Wirtschaftsaufschwung des Dritten Reiches nicht mitgemacht haben. Aber wenn die Tarife in der Wirklichkeit gleichgeblieben wären und nicht bloß auf dem Papier, dann hätten die Verdienste der Arbeiter und Angestellten aus der Systemzeit nicht nur »zum Teil«, sondern zur Gänze bereits in den ersten beiden Jahren des Dritten Reiches »wettgemacht« sein müssen und nicht erst im dritten. Aber auch da waren nur die Bruttoverdienste wettgemacht. Nach »Wirtschaft und Statistik« betrug in der metallverarbeitenden Industrie die gesetzlichen Abzüge allein 13,9 Prozent, also die gesetzlichen und ungesetzlichen zusammen nicht weniger als 20, eher aber 30 Prozent. Noch weiter aber als der Nettogehaltverdienst bleibt der Netto realverdienst hinter dem Bruttoverdienst zurück. Der Index der Lebenshaltungskosten stand 1932 auf 120,6, Ende 1935 auf 124. Also selbst nach diesem Lebenshaltungsindex, den Herr Wagemann sicherlich selbst nicht ernst nimmt, wird die Zunahme der Bruttoverdienste in drei Jahren Drittes Reich schon fast allein durch Teuerung »wettgemacht«.

Wir wollen aber, damit uns nicht der Vorwurf »erneuter Irreführung« treffe, noch exakter sein als Herr Wagemann selbst und nicht die Durchschnittslöhne der Gesamtarbeiterschaft, sondern der Facharbeiter eines bestimmten Gewerbezweiges miteinander vergleichen. So betrug der durchschnittliche Bruttowochenverdienst eines männlichen Facharbeiters im Maschinenbau im Jahre 1928, nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1931, 56 Mark, 1935 nach »Wirtschaft und Statistik« 47,30 Mark. Selbst bei dieser im Dritten Reich bestbezahlten, weil für seine Aufrüstung unentbehrlichsten Arbeiterkategorie bleibt der Bruttoverdienst um 25 Prozent hinter 1928 zurück. Es ist also reichlich optimistisch, wenn »Wirtschaft und Statistik« hofft, »daß bei gleichem Steigerungsgrad des Nominaleinkommens wie 1935 und bei gleicher Entwicklung des Preisniveaus das Arbeitseinkommen 1936 seiner Kaufkraft nach an die Summe von 1929, also

Göbbels - oberster Fremdenführer!

Auch ein Beitrag zur Hitlerolympiade

Das Dritte Reich, vom wohl gepflegten und wohl assortierten Betrug der Weltmeinung lebend, hat im Rahmen dieser seiner Mission und Zielsetzung einen neuen Beruf quasi entdeckt — einen Beruf, dessen erfolgversprechende Wirksamkeit zum erstenmal bei Gelegenheit der Olympiade ausprobiert werden dürfte: es ist der staatlich examinierte und gouvernemental vereidigte Fremdenführer, sozusagen Potemkin von der Konfektionsstange und nach wohl überlegtem Schema! Arme und erbarmungswürdige Länder, die, etwa wie die gastfreundliche Schweiz, nach veralteten und verrosteten liberalistischen Prinzipien nur darauf sinnen, daß so ein devisenspendender Ausländer ein gutes Bett, ein treffliches Frühstück, möglichst viel Behaglichkeit und möglichst minimale Schikane durch Amt und Bürokrat in ihren Mauern findet. So darf man in der heutigen heroischen Zeit wirklich das Fremdenproblem nicht mehr anfassen! Worauf es ankommt, ist, daß das Opfer, das sich der Fremdenwerbung des neuen nationalsozialistischen Staates anvertraut, Zeit seines Lebens nicht mehr aus der politischen Narkose herauskommt. . . . Daß es vom SA-Geist überschattete bleibt bis ins selbige Ende. . . . Daß es noch späteren Geschlechtern und Journalisten, die heute noch gar nicht geboren sind, einmal wird Interviews darüber gewähren können, wie das Reich Hitlers von Freiheit und guter europäischer Gesinnung, von Ordnung und Wohlstand, von Ehre und von Seife nur so trieft. . . . Wie der französische Poilu dank der Großen Revolution seinen Marschallstab im Tornister tragen darf, muß der hitlerianische Olympia-Bärenführer seinen Leitartikel im Rucksack stets bei sich haben. . . .

Es handelt sich also um die Massenmobilisation sämtlicher Neupräsidenten (das sind nicht nur die Philologen, Studenten und Dozenten der neueren

Sprachen auf den Universitäten, sondern auch um alle Studienräte und Primaner der Real- und Oberrealschulen) Alld Deutschlands für diese wahrhaft kriegerische Aktion! Die reichsdeutschen Fachblätter für das Gymnasial- und Hochschulwesen sind seit Wochen schon in dieser Hinsicht in förmlichem Alarmzustand. Die »Landesstelle Ostpreußen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda« berichtet da zum Beispiel, daß sie bereits ihre Liste sozusagen »fertiger« Fremdenführer dem Landesverkehrsverband für Ost- und Westpreußen eingereicht habe, und daß nun diese Fremdenführer sowohl von ihr selbst, wie auch von den harmloseren »Verkehrs«-Onkeln nach Bedarf unmittelbar eingefordert und abgerufen werden könnten. Daß die Sache auch »philologisch« klappt, dafür haben in monatelangen Kursen je der Lektor für Französisch und für Englisch der Universität Königsberg gesorgt. Weiter wörtlich im Rapport genannter Stelle, abgedruckt im Fachblatt des »Nationalsozialistischen Lehrerbundes«, »Die Neueren Sprachen«, Juniheft 1936: »In der zweiten Hälfte des Mai waren alle Fremdenführer in Königsberg zusammengefaßt und wurden sprachlich und politisch noch einmal gründlich geschult. Den Abschluß der Schulung bildete die feierliche Verpflichtung auf das Amt eines Fremdenführers«. Und an einer anderen Stelle dieses merkwürdigen Bulletin zur zeitgenössischen Geschichte und Kultur: »Das politische Material wird von der Landesstelle geliefert; es wird in die Fremdsprache übertragen«.

Je nun — und so etwas sollte nicht funktionieren, schon, weil es nicht nur für Ostpreußen, sondern für sämtliche sechsunddreißig »Gau« des Hitlerreichs prächtig organi-

siert ist?! Jawohl — Hitlers Fremdenführer sind nicht nur mit »politischem Material« unmittelbar aus dem Alchimistengewölbe des Herrn »Ministers für Volksaufklärung und Propaganda« reichlich gepackt, sie sind auch, wie man sieht, feierlich genug vereidigt. Vereidigt? — auf was? Schwören muß man sicherlich, daß man nie, so wahr Gott und Hitler helfe, einem naiven Mann aus Yankee-land ein deutsches Konzentrationslager zeigen wird zu der Stunde, in der der Prügelbock gerade in Aktion ist. Den Eid geleistet hat man darauf, daß man nie und nimmer einem Weischen verraten wird, daß die harmlose Autostraße, über die man gerade fährt, im Innern ihre Bombenunterstände in ununterbrochener Reihe beherbergt, die sofort besetzt und armiert sind, wenn's endlich losgeht. Man hat sich verpflichtet, in bestem Französisch und in korrektestem Englisch seinem Klienten ständig klar zu machen, daß noch nie die deutschen Menschen von einer Regierung so begeistert waren, daß sie noch nie so viel gute Butter zu essen bekamen, daß die Kommunisten drauf und dran waren, den Kölner Dom in Brand zu setzen, als schon der Reichstag brannte, daß Göring prinzipiell nur eine schlichte Windjacke trägt und der Führer und Reichskanzler sich ausschließlich von Pellkartoffeln im Interesse der Landwirtschaft nährt. Man hat schwurgemäß zu berichten, daß man schon einmal als Sextaner von einem Franziskanerpater vergewaltigt worden ist, und daß man einen Onkel habe, der nach der Sterilisation eine äußerst erfolgreiche Oper geschrieben und dreißig Pfund zugenommen habe.

Olympia naht — das Dritte Reich braucht Devisen; und die Welt ein paar hitler-splendide Engländer! Die Geschichte des Gastrechts unter den Völkern aber ist sicherlich um ein neues, noch bis vor kurzem nicht erkennbares Kapitel durch den hitlerdeutschen Cook-Gendarm erweitert worden. H. E.

des Gipfeljahres vor der Wirtschaftskrise herankommen würde. Man müßte denn annehmen, daß der Schätzung der Arbeitseinkommen andere Zahlen zugrunde liegen als die wirklich gezahlten Löhne und die wirkliche Teuerung.

Man kann den versteuerten Gewinn als denjenigen Teil des wirklichen Gewinnes bezeichnen, den man beim besten Willen dem Finanzamt nicht verheimlichen kann. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer, also der Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften, sind ein zuverlässigerer Maßstab für die Zunahme der Kapitalprofite als die amtliche Schätzung des Arbeitseinkommens für das wirkliche Einkommen der Arbeiter und Angestellten. Da ergibt sich aus dem gleichen Heft von »Wirtschaft und Statistik«, daß die Körperschaftsteuer 1932 164 Millionen, 1935 529 Millionen erbracht hat. Das ist eine Gewinnsteigerung um 200 Prozent. Hier könnte Herr Wagemann mit Recht behaupten, daß das »Gipfeljahr« erklommen ist, es ist nämlich bereits überschritten. Im Jahre 1928 erbrachte die Körperschaftsteuer nur 500 Millionen. Allein im Jahre 1935 hatte die Einnahme aus der Körperschaftsteuer um mehr als 200 Prozent zugenommen. Diese Zahlen illustrieren deutlicher als des Wagemann vage Hoffnungen auf die künftige Steigerung des Arbeitseinkommens die Verwirklichung der Volksgemeinschaft im Dritten Reich. G. A. Frey.

Der unantastbare Streicher

Vor dem Sondergericht in Essen stand ein Mann, der angeklagt war, Julius Streicher beleidigt zu haben. Der Sünder muß ein sehr alter Kämpfer sein, denn das Gericht gestand ihm trotz seines schweren Vergehens den mildern Umstand zu, daß er nicht als »Staatsfeind« im üblichen Sinne zu betrachten sei. Der Staatsfeind im nicht üblichen Sinne war mit einem Austräger des »Stürmers« in Streit geraten, und der Gerichtsbericht verrät Einzelheiten der Auseinandersetzung:

»Erst als W. (der Angeklagte) auf das Titelbild hinwies, das eine devisenschiebende Nonne darstellte, und sagte: »Es ist eine Schande, daß man mit solchen Machtmitteln gegen den Staat kämpft«, nahm der Verkäufer energisch Stellung. In kurzer Zeit entwickelte sich ein Handgemenge, wozu nach eindeutigen Aussagen W. den Anstoß gegeben hatte. Den »Stürmer« bezeichnete der Angeklagte nur als Helzblatt und den Herausgeber, Gauleiter Streicher, als einen Mann, dem man den § 51 zubilligen müsse.«

Das Gericht jedoch wollte seinem Streicher

den Paragraphen 51 (Unzurechnungsfähigkeit) nicht zubilligen, es gab dem Angeklagten unrecht und verurteilte ihn zu vier Monaten Gefängnis. Der Mann kann noch von Glück sagen, wenn der »Frankenführer« nicht persönlich in die Gefängniszelle eindringt und den Wehrlosen mit der Reitpeitsche mißhandelt. Einem anderen Beleidiger ist das geschehen, und Streicher selbst hat sich mit der Heidentat mündlich und schriftlich gebrühtet. — Der Streicher beleidigt in seinem Dreckblatt nicht nur die Juden, er beschimpft auch deutsche Katholiken, Freimaurer, Neinsager, Gelehrte, Kleinbürger, die seiner Ansicht nach zu selten Heil rufen, Arbeiter, Bauern, Handwerker, die irgendwann einmal »beim Juden« gekauft haben, und er verfehlt es nie, Namen und Adresse der Opfer bekanntzugeben. Der Streicher beleidigt und verleumdet halb Deutschland, er selbst aber wird von deutschen Richtern, die niemand um solche Arbeit beneidet, gegen jedes rauhe Wort geschützt, und vom sicheren Ort aus ist gut spucken. — Der Essener Fall beweist immerhin, daß die bismablen Pornographien des Stürmers selbst manchem »Nicht-Staatsfeind« auf die Nerven gehen.

Korruptionssuche!

In der Rheinprovinz und in der Pfalz bemühen sich nazistische Größen, einen neuen Korruptionfeldzug gegen führende Katholiken vorzubereiten. Es wird behauptet, daß aus den Akten der Reichsministerien und der Länderministerien, insbesondere aber aus den Akten der Reichsvermögensverwaltung und der städtischen Besatzungsämter große finanzielle Begünstigungen der katholischen Kirche und katholischer Unternehmungen nachzuweisen seien. Selbst Kirchenfürsten seien dadurch direkt oder indirekt zu belasten. Als Hauptorte für diese neue Korruptionssuche werden Köln, Koblenz, Mainz, Speyer und das Saargebiet genannt. In Koblenz sind schon mehrere Beamte und Privatpersonen verhaftet worden, zum Teil wegen Bestechung. Die Vorfälle liegen weit zurück, fallen noch in die Zeit der amerikanischen Besetzung. Es ringen in der Bewegung zwei Strömungen gegeneinander: die eine will diese alten Sachen auf sich beruhen lassen, weil die Akten auch für manchen peinlich sein könnten, der längst gleichgeschaltet sei und sich vielleicht in hoher Staatsstellung befinde. Andere Partei-Größen wollen aber keine Rücksicht walten lassen und verlangen Durchgreifen. Wahrscheinlich ist zunächst nur mit Teilkaktionen

zu rechnen, die nur dort einsetzen, wo man ein Pressionsmittel gegen den Katholizismus und nicht zuletzt gegen seine Bischöfe braucht.

Das Ende der Konsumvereine

Zu Beginn des vorigen Jahres wurde ein Gesetz erlassen, dessen Ziel die Liquidierung der großen Konsumvereine war. Es bestimmte die Fristen, bis zu denen die Beantragung des Konkurs- und Vergleichsverfahrens oder auch die Auflösung der in Betracht kommenden Konsumvereine beschlossen sein mußte.

Der Durchführung dieses Gesetzes stellten sich jedoch erhebliche Widerstände entgegen, so daß die Fristen bereits zwei Mal verlängert werden mußten. In den Konsumvereinsbetrieben waren nämlich nicht nur noch Zehntausende von Arbeitern und Angestellten beschäftigt, sondern sie waren inzwischen auch Futterkrippen für nationalsozialistische Bonzen geworden. Unmittelbar nach der Machtübernahme sind in jeden Konsumverein eine ganze Anzahl von »alten Kämpfern« in die Verwaltung hineingeschoben worden. Sie haben dadurch die Verwaltungskosten gesteigert und durch ihre unfachliche Tätigkeit die genossenschaftlichen Unternehmungen in eine üble Schuldenmishwirtschaft hineingetrieben.

Auf diese Weise erreichten sie es tatsächlich, daß vorher geschäftlich solide Genossenschaftsunternehmungen sich vor lauter Schulden nicht mehr zu retten wußten und auf Kosten der Mitglieder, die ihren Anteil und ihre Dividende verloren, liquidiert werden mußten.

Immerhin bestehen noch einige konsumgenossenschaftliche Unternehmungen, bei denen das Tempo der Zerstörungsarbeit nicht so rasch vorwärts ging, um den Konkurs oder die Auflösung bis zu dem zum zweiten Mal hinausgeschobenen Termin herbeizuführen.

Die Regierung hat sich demnach entschlossen, durch eine erneute Verordnung diese Frist noch einmal hinauszuschieben, und zwar bis zum 1. Januar 1937. Bis dahin wird also noch eine große Anzahl der jetzt bestehenden größeren Konsumvereine zugrunde gewirtschaftet werden.

Die deutschen Arbeiter müssen zusehen, wie eine ihrer größten Leistungen in der Geschichte vernichtet und ihr Eigentum unter die nationalsozialistischen Räuber aufgeteilt wird.

Der Weg des Robert Ley

Vom Schnorrer zum Gutsbesitzer

Wie die Kölnische Zeitung meldet, hat der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Robert Ley, das Gut Rottland bei Waldbrühl gekauft. Der Preis soll 300.000 Mark betragen.

Er ist der Führer der »Deutschen Arbeitsfront«, die nach eigenen Angaben 23 Millionen Mitglieder hat. Da jedes Mitglied im Durchschnitt über eine Mark Monatsbeitrag leistet, gehen jährlich rund 300 Millionen Mark durch ihre Kassen.

Wer ist der Man, dem solche Summen anvertraut sind?

*

In der Politik tauchte Robert Ley, wie alle wildgewordenen Kleinbürger erst auf, als er persönlich gescheitert war. 1928 setzten ihn die IG-Farben, bei denen er eine kleine Stellung als Chemiker innehatte, an die Luft. Es war eine fristlose Entlassung wegen »ständiger Trunkenheit und liederlichen Lebenswandels«. Mit Recht sagten sich seine Vorgesetzten, die zitternde Hand des alkoholisierten Doktors sei wenig geeignet, synthetische Mischungen zu dosieren. Robert Ley begann nun, geistige Mixturen zu brauen — in seiner neugegründeten Kölner Wochenschrift »Westdeutscher Beobachter«.

Das Blättchen hatte bei seinem Erscheinen einen ausgesprochenen Heiterkeitserfolg, der aber bald in Entsetzen vor diesem Piraten der Feder umschlug. Leys Bekenntnis zu Hitler war ihm nur eine politische Kullase; wie Julius Streicher bevorzugte er den Appell an tiefgelagerte Instinkte. Ley bezichtigte z. B. ein großes jüdisches Restaurant mit der unglaublichen Behauptung, dort sei im Essen eine — halbe Maus gefunden worden. Da der Konfident des Ley das Corpus delicti wirklich vorgezeigt hatte, konnte man ihm nicht beikommen und das Haus mußte schließen. Im Fall des Gladbecker Primanermordes alarmierte er die Öffentlichkeit mit der Behauptung »Ritualmord an Daube«; sie war völlig aus der Luft gegriffen, tat aber ihre Wirkung. Häufige »Betriebsunfälle«, Verfahren wegen Beleidigung und Verleumdung, störten Ley in diesem edlen Tun nicht. Peinlicher war es schon, daß er Zechprellereien in Kölner Weinstuben versuchte und aus einer dunklen Gasse des heiligen Köln wegen Nichtonorierung genossener Freuden hinausgeprügelt wurde. Immerhin konnte das Blatt eines notorischen Trunkenboldes nicht gerade glänzend gehen. Da die Rechnungen unbezahlt blieben, luden die Gläubiger den Doktor Robert zur Ablegung des damals noch seltenen Offenbarungseides. Das Ende dieses sittlichen Erneuerers Deutschlands schien gekommen. Da erstand ihm ein Retter in höchster Not...

Köln ist nämlich auch der Sitz des Großindustriellen Otto Wolff, der in unglaublich kurzer Zeit vom kleinen Eisenhändler zum Multimillionär aufstieg. Den Grund zu diesem Reichtum legte er in der Kriegszeit, wo sein Kompagnon Ottomar Strauß in den Staatsdienst übertrat und ihm als Regierungsrat die fettesten Aufträge zuschob. Eines Tages erstattete nun ein verbissener Gegner Wolffs, der Minderheitsaktionär Tenhaeff, gegen ihn eine Monstreanzeige wegen Betrugs, Meineids und anderer Dinge. Die Kölner Gerichte übertrugen das Verfahren Otto Wolffs dem ersten Staatsanwalt Rudolf. Und wie das im Leben manchmal so sonderbar geht, die beiden Herren, der angeklagte Millionär und der ermittelnde Beamte, lernten sich kennen und lieben. Ganz in Ehren natürlich. Als Staatsanwalt Rudolf das Verfahren gegen Wolff einstellte, geschah das bestimmt nach bestem Wissen und Gewissen. Ebenso uneingreifbar ist auch, daß Rudolf kurze Zeit später aus dem Staatsdienst schied, sich eine Anstandsfrist von mehreren Wochen ließ und dann — als Justiziar in das Haus Wolff eintrat.

Hier wurde der Exstaatsanwalt zum intimsten persönlichen Berater des Großindustriellen selber. Während der Chef sich in das kommende deutsche Rüstungsgeschäft einzuschleichen versuchte, baute Rudolf die Querverbindungen zu Hitler aus. Sein Mann war Doktor Ley. So einer, in ewigen Geldverlegenheiten, konnte nützlich werden. Otto Wolff mußte gar nicht tief in den Beutel greifen, denn der von seinen Gläubigern gehetzte Ley war billig zu haben. Etwa sechzigtausend Mark wolffischer Herkunft verwandte er erst einmal dazu, sich persönlich zu sanieren. Da er autoritärer Leiter des Gaus Mittelrhein war,

hatte ihm niemand in die Kassenführung hineinreden. Der kluge Rudolf sah darüber stillschweigend hinweg. Er wußte, daß er den Mann nur um so fester in der Hand hatte. Aber auch das Blatt mußte leben. Rudolf rührte mit Unterstützung des Barons Schröder — desselben, in dessen Wohnung die Einigung Papen-Hitler zustande kam — den Klingelbeutel. Regelmäßig floß nun das Geld der rheinischen Industrie in die Kasse eines Blattes, das die Herren privat nur mit der Feuerszange anzufassen wagten.

*

Bald sollte sich herausstellen, wie klug Otto Wolff gehandelt hatte, sich einen Hausnazi zu halten. Leys Stern war im Steigen begriffen. Für den Ueberfall auf Otto Wels wurde der Rüpkel nach München berufen, von wo er nach dem Raub der deutschen Gewerkschaften zum Leiter der Arbeitsfront aufstieg. Der Schnorrer an den Kassen der Großindustrie, der Schmarotzer eines Spekulanten als Repräsentant der deutschen Arbeiterschaft!

In das Kölner Haus war mittlerweile eine Bombe geschlagen: in der großen Liste der Korruptionsfälle, die das Naziregime in den ersten Wochen seiner Herrschaft veröffentlichte, und die es mit Feuer und Schwefel auszurotten versprach, befand sich auch — »der Fall Otto Wolff«. Mit Hilfe der seinerzeit nicht mitbedachten westdeutschen Gauleiter war es dem Dr. Tenhaeff gelungen, Otto Wolff derart an den Pranger zu stellen. Jetzt konnte nur noch Ley helfen. Und er half. Einige Wochen später teilte die deutsche Presse kleinlaut mit, die Untersuchung der Anklage gegen Otto Wolff habe die Haltlosigkeit aller Anklagen erwiesen. Wieder war ein Freund der Nazis peinlicher Gerechtigkeit entzogen und in den Taschen Robert Leys klimperten wolffische Silberlinge die lustige Begleitmusik dazu.

Ley steht nun im Zenit seiner Karriere. Das Dritte Reich überträgt ihm eine große Mission: er vertritt Deutschland auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf. In den Weinstuben der Völkerbundsstadt, übermäßig und alkoholisiert, gibt er sein internationales Debut, indem er fremden Journalisten erzählt:

Im Stile von Greiser und Ley

Brauner Kindermund

In der Beilage für die Jugend, die das nationalsozialistische Parteiblatt »Westfälische Landeszeitung« seinen Lesepfaffen beschert, findet sich — Nr. 180 — ein Hitlerjugend-Gespräch »rund um den Hordenpott«. Wir lesen darin die folgenden zarten Neckereien:

»Der Koch, ein fauler, vollgefressener Wanst... Bei meiner Seligkeit: der Seffek hatte mal wieder einen phänomenalen Fraß gemixt... Das mit dem Salat ist Seffeks unaustreibbarer grüner Koller, der sich auch so intensiv in seine Gehirnkommode eingefressen hat, daß Quappe es für erachtenswert hält, beim Hinscheiden unares Kochs einmal Spinat und Salat auf sein Grab zu pflanzen... Ich wette, na zumindest meinen Hirnanhang gegen deinen bödsinnigen Blinddarm... Die Sonne war hinter eine Wolkenbank geglitscht, als hätte sie ihre Nase voll von unserm Fraß... Du oder Freßsack, halt deine ausgefranste Klappe... man hätte den Seffek mit heißem Limburger erschießen müssen, ehe man auf Fahrt gegangen wäre.«

Die hochgemuten Knaben haben den Geist des Nationalsozialismus bereits voll in sich aufgenommen.

Wie die soziale Ehre gerettet wird

Vor dem »sozialen Ehrengerichte« in Königsberg stand ein Betriebsführer, den man beschuldigte, »unter Mißbrauch seiner Machtstellung im Betrieb böswillig Angehörige der Gefolgschaft in ihrer Ehre gekränkt zu haben«. — Es wurde nicht bestritten, daß der 26jährige junge Herr, der einen Betrieb mit über tausend Arbeitern leitet, seine »Gefolgsmitglieder« bei jeder Gelegenheit anzubrüllen und sie mit »Dummkopf, gemeiner Patron, Schurke, fauler Lämmel, dummer Bengel« zu titulieren pflegt. Es wurde auch nicht bestritten, daß die Beschimpfungen meist doppelt so alt sind wie ihr Beleidiger.

Das soziale Ehrengericht geriet offensichtlich in Bedrängnis, denn wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß der Herr

»Wissen Sie, wenn wir früher die kommunistische Reichstagsfraktion betrachteten, dann hatten wir das Gefühl, daß sie aus lauter ausgesuchten Exemplaren von Zuchthäuslern bestand. Diese Typen, diese Typen! Wenn ich nicht meine handfeste Gruppe hinter mir gehabt hätte, hätte mir angst und bange werden können.«

Die Vertreter von zwanzig Nationen hören diese Beschimpfungen des eigenen Volkes und sehen sich den Mann an, der sie lallend hervorstößt. Sie sehen die abstoßende Physiognomie eines Bastards, dessen verkniffene, zu eng beieinander liegende Augen von erblicher Belastung sprechen, sehen den rüden Zug um den Mund, der den brutalen Schläger verrät, sehen dieses ungelüste, von ewiger Alkoholisierung verblödete Gesicht und wenden ihm den Rücken. Ley zog es vor, Genf gleichzeitig zu verlassen. Nach Deutschland zurückgekehrt, läßt er seinen Mitdelegierten, den Sozialisten Leuschner, ins Konzentrationslager einsperren.

Was seitdem über diesen Mann in die Öffentlichkeit dringt, entspricht seinen Anfängen. Immer kreisen seine Affären um Geld und Alkohol. Daß in den Jahresabrechnungen der Arbeitsfront — die ohnehin 35 Prozent ihrer aus Arbeitergrotschen stammenden Einnahmen für »Verwaltungszwecke«, d. h. für die Gehälter der braunen Bonzen, ausgibt — weitere Millionen ohne Angabe des Verwendungszweckes fehlen, wen wundert das? Oder daß eine Hitlerblüte, die Leys Tochter verfertigte (man erzählt sich im Reich, daß ein wirklicher Künstler dabei »mitgeholfen« habe), nun für alle zehntausend Amtsstellen der Arbeitsfront als Zwangsbezug angeordnet wird, ist das nicht »Dienst an der deutschen Kunst«? Und wenn er bei seinem letzten Besuch in Danzig dem berühmten »Goldwasser« so reichlich zusprach, daß er in öffentlicher Rede faustdicke Märchen vortrug, die am nächsten Tag berichtet werden mußten, ist er nicht »der alte gebliebene, der Trunkenbold aus dem »Gasthof zur Rübe« im heiligen Köln?

Jetzt hat er sich für 300.000 Mark das Weingut bei Waldbrühl gekauft. In drei Jahren vom Bankrotteur zum Gutsbesitzer, das ist allerdings ein erstaunliches Tempo. O, welche Lust, nationalsozialistischer »Hüter« von Arbeitergrotschen zu sein!

Westfalkus.

Ley-Kumpels

Alltagstragödie

Wenn der Arbeiter des Gewerkschaftsschutzes beraubt ist.

Ein Blick in den Alltag des Betriebsleiters in Hitlerdeutschland gestattet »Richtlinien«, des Treuhänders des Landes Württemberg, die der alltäglichen Arbeit der »Vertrauensräte« in den deutschen Unternehmungen gewidmet sind, und die dabei nicht umhin können, den wirklichen Zustand einigermaßen bildhaft zu schildern, wie er sich dank der »Arbeitsfront«, dank Ley und dank der Vernichtung der deutschen Gewerkschaften entwickelt hat. Die Trostlosigkeit, mit der nach dieser Darstellung der Arbeiter ohne gewerkschaftlichen Schutz der Uebermacht des Kapitalisten ausgeliefert ist, kann kaum plastischer zum Ausdruck kommen, als es in der Begründung dieser »Richtlinien« (sicherlich nicht mit der bösen Absicht, dem nationalsozialistischen Staat zu schaden!) geschieht. Die Zeitschrift »Soziale Praxis« hat in ihrer letzten Nummer darum auch Veranlassung genommen, der ganzen Problematik dieses hitlerdeutschen Betriebswerkzeuges an Hand jener Publikation einige soziale Krokodilstränen zu widmen.

Der württembergische Treuhänder verlangt, daß endlich die »Vertrauensratsitzungen« nur auf den engsten Kreis der unmittelbar beteiligten und berechtigten Personen, also nach dem »Gesetz zum Schutze der nationalen Arbeit« auf »Gefolgschaftsführer« (das ist der sogenannte Chef der Firma) und »Gefolgschaftsvertretung«, also die »Vertrauensmänner« der Arbeiter durchwegs nationalsozialistisch erprobter Couleur, beschränkt werden sollen. Ja, aber warum? »Es sei — so sagt der Treuhänder — nicht

angebracht, daß sich der Betriebsführer bei den Sitzungen mit einem Stab leitender Angestellten oder sonstiger Personen umgebe. So wenig dagegen einzuwenden wäre, daß im Einzelfalle Betriebsangehörige zur Auskunftserteilung beigezogen würden, so sehr müsse darauf gehalten werden, daß bei den eigentlichen Beratungen der Vertrauensrat allein unter sich sei. Das Vertrauen könne nur gestört werden, wenn der Betriebsführer sein natürliches Uebergewicht, das auf der Kenntnis der gesamten betrieblichen und wirtschaftlichen Vorgänge beruhe, noch durch Sachverständige zu verstärken suche, deren Spezialwissen die Vertrauensräte in aller Regel keineswegs gewachsen sein dürften.

Früher, in den »Jahren der Schande« war das so, daß bei schwierigen Verhandlungen über Lohn, Arbeitszeit oder anderes der Arbeiter sich an seine Gewerkschaft wandte. Und kam der Fabrikant mit Ziffern und Akten, dann tat das der Gewerkschaftssekretär in der entscheidenden Sitzung nicht anders. Dafür war er da! Dafür hatte ihn sich die Arbeiter als besonders Qualifizierten gewählt, dafür bezahlte ihn die Gewerkschaft! Heute ist es praktisch so, daß der größeren Verhandlungsfähigkeit des Unternehmers auf der einen Seite gar nichts auf der anderen Seite mehr gegenübersteht. Der Kumpel im Betrieb ist also schon erschossen, ehe überhaupt die berühmte »Vertrauensratsitzung« begonnen hat. Das sagt hier ein Sachverständiger ganz bieder und schlicht; und er dürfte auch sicher ganz genau wissen, wenn er es auch nicht gesteht, daß da triefende Phrasen von »Betriebsvertrauen« und »Arbeitsschre« den schnöden Sachverhalt nur verkleistern, aber nicht aufheben.

In seiner ein wenig naiven Absicht, den Arbeitern dadurch zu helfen, daß den Betriebsführern verboten werden soll, sich in den Vertrauensratsitzungen hinter das Material ihrer Prokuristen oder Obergeringere zu verstecken — wir wüßten übrigens nicht, was das wesentlich am jetzigen Zustand der Uebervorteilung des Arbeiters ändern würde! — geht der Treuhänder so weit, zu verlangen, daß gar die Stenotypistin des Fabrikanten der Sitzung fernzubleiben habe. Wörtlich:

»Um des hohen Zieles Willen ist es lieber in Kauf zu nehmen, daß die erforderliche Protokollführung durch den Betriebsführer erst nachträglich nach der Sitzung an Hand von Notizen vorgenommen wird.«

Das müssen schöne Protokolle werden! Sie verfaßt ganz nach Belieben der Herr Kommerzienrat nachträglich! Wehe, wenn sich später einmal eher aus dem Betrieb darauf berufen sollte. Die »Notizen« des mächtigen Verfassers dürften ihm klar machen, wie gründlich er alles mißverstärken hat.

Auch das ist bildschön zur gegenwärtigen sozialen Praxis im Hitlerreich eingestanden:

»Der Betriebsführer habe selbst an den Vertrauensratsitzungen teilzunehmen und dürfe nicht, wie es schon die Regel geworden sei, seinen Stellvertreter schicken. Wenn der aber einmal ausnahmsweise komme, so müsse er auch, was bisher fast nie der Fall gewesen wäre, entsprechende Vollmachten haben.«

Mit anderen Worten: die Unternehmer sehen die ganze Leysche Erfindung der »Vertrauensräte« allgemein schon als eine solche lächerliche Ueberflüssigkeit an, daß sie sich gar nicht mehr die Mühe machen, sich recht um sie persönlich noch zu kümmern. Diktirt wird aus dem Privatkonto ja doch!

Die Kritik, die hier ungewollt gegenüber dem ganzen System ausgesprochen ist, spricht Bände für die Wirklichkeit im hitlerdeutschen Betriebsalltag.

Wie könnte es aber auch anders sein in einem Staat, der jetzt schon für seine kommende Strafrechtsreform, die ganz und gar »nationalsozialistisches Gedankengut« enthalten soll, stolz verkünden läßt, künftig würden »wegen Zersetzung des völkischen Arbeitswillens« ins Zuchthaus wandern, wer »öffentlich den Arbeitswillen des deutschen Volkes zu lähmen oder zu zersetzen suche«. Dann heißt es allerdings nur noch »kusch, kusch!« in allen deutschen Betrieben; denn was kann nicht alles den »völkischen Arbeitswillen« lähmen und zersetzen??? Danach ist jede, auch die kleinste gewerkschaftliche Tätigkeit und Regung an sich schon ein fluchwürdiges Verbrechen.

Ein Vorläufer Hitlers im Nachkriegsdeutschland, Herr Kapp seeligen Angedenkens, begann seine gloriose Tätigkeit als deutsche Reichskanzler von Putzsches Gnaden damals damit, daß er öffentlich anschlagen ließ: »Wer streikt, wird erschossen«. Herr Kapp ist nicht weit mit diesem seinem Beitrag zur sozialen Frage gekommen. Man braucht nicht anzunehmen, daß Herr Hitler mit seinen Beiträgen zum gleichen Thema auf die Dauer besser reüssieren sollte. H. E.

Die Vierzehn Jahre

Friedrich Stampfers Bericht über die schwarzrotgoldene Republik

»Als Sozialdemokrat habe ich diese Ereignisse erlebt, als Sozialdemokrat berichte ich über sie.« So beginnt Friedrich Stampfer sein im »Graphia«-Verlag, Karlsbad, erschienenen großes Buch über »Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik.« Der Versuch, Deutschland als ein Reich geistiger Freiheit, politischer Gleichberechtigung und sozialen Fortschritts in die europäische Kulturgemeinschaft einzugliedern, ist an unermeßlichen Schwierigkeiten und menschlichen Unvollkommenheiten gescheitert. »Aber diejenigen, die ihn unternahmen, können mit hoherhebenem Haupt auf ihn zurückblicken. Ihr Werk wird nicht für immer verloren sein.« Viele werden diesem Satze Stampfers widersprechen. Meistens aus Unkenntnis über das, was in den vierzehn Jahren geschah, erstrebt und erreicht wurde. Es könnte manches zur Klärung auch der Diskussionen in der Emigration beitragen, wenn man wenigstens die von Stampfer gewissenhaft aufgezeichneten Tatsachen zur Kenntnis nehmen oder sich ihrer wieder erinnern wollte.

Daß der Verfasser dieses Buches ein im Urteilen vorsichtig abwägender Mann ist, wissen alle, die ihn kennen. Aus seiner sozialdemokratischen Gesinnung gab er sich die gewissenhafteste Mühe, der geschichtlichen Wahrheit zu dienen. Man mag zweifeln, ob es ihm voll gelungen ist, und zwar weil in diesem Buche eine Menge fehlt oder nur allzu knapp skizziert ist, was immer ein Ruhm unserer Republik bleiben wird. So ist, um eine sehr wichtige Unterlassung zu nennen, der erfolgreiche Kampf in den Grenzgebieten des Reichs von 1918 bis 1923, eine gewaltige nationale Leistung republikanischer Arbeiter und Bürger, entschieden zu kurz gekommen. So weit er berührt wird, ist die Schilderung blaß und läßt nicht deutlich genug erkennen, wie sehr die Bedrohung der Grenzgebiete zu einer Zentralfrage der inneren Politik geworden war. Schwerer wiegt noch, daß aus diesem umfangreichen Werk trotz der Erwähnung vieler Einzelheiten das großartige Bild des sozialreformistischen Aufbaus, der in der Republik geleistet wurde, viel zu wenig und jedenfalls nicht plastisch genug hervortritt. So schwach die Republik in vielen ihrer Lebensäußerungen gewesen ist, so stark war sie bis nahe an ihren Zusammenbruch in ihrer sozialen Arbeit, und zwar auf allen Gebieten. Aus Stampfers Buch ist nicht zu erkennen, daß die am 9. November 1918 begonnene sozialpolitische Planung dem deutschen Volke eine für die ganze Welt vorbildliche Wohlfahrtsgesetzgebung verschafft und den Anteil der Massen in allen Zweigen des Kulturlebens bedeutend erweitert hat. Selbst als unter den Erschütterungen der Weltkrise und nach dem Zurückdrängen des politischen Einflusses der Sozialdemokratie die Abbaumaßnahmen zu schweren Verfallserscheinungen in der Sozialpolitik führten, konnte sie sich als Ganzes noch immer vor aller Welt sehen lassen. Stampfer wird uns darin sicher zustimmen, aber in der Bewältigung der Ueberfülle von allgemein politischem Material ist ihm die Aufzeichnung des großartigen Gebäudes deutscher Sozialpolitik nicht gelungen. Das Bild der enormen Leistungen im Wohnungs- und Siedlungswesen fehlt fast ganz. Einen offenen Tadel verdient der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer aber dafür, daß er nicht ein eigenes Kapitel zum Ruhme der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterbewegung schrieb und von 614 Seiten nicht 40 oder 50 erübrigte, um wenigstens aufzuzählen, was die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands in anderthalb Jahrzehnten freier republikanischer Entwicklung in unüberschaubarer Vielfalt und stolzer Selbstverwaltung organisatorisch und geistig für sich und das deutsche Volk geschaffen hatte. Die Erfahrung zeigt nämlich, daß alle ihre Kritiker davon wenig oder nichts wußten, und die deutschen Kritiker am allerwenigsten.

Eines der vielen in ihrer Knappheit ausgezeichneten Kapitel des Buches ist »Die Sozialdemokratie im Kaiser-

reich«. Es kommt zu der ebenso richtigen wie in den weitesten Kreisen unbekanntem Ergebnis, daß die Vorkriegssozialdemokratie, die sich viele Jüngere als ein Ideal revolutionären Aktivismus vorzustellen liebten, ihren Weg, den Weg des Reformismus schon lange vor dem 4. August 1914 gewählt hatte. Nicht nur die süddeutschen Block- und Budgetexperimente, sondern auch das Stichwahlkommen mit den Fortschrittler bei den Reichstagswahlen im Jahre 1912 waren echte Vorläufer der späteren Koalitionspolitik. Die Politik der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ist für die Sozialdemokratie viel älter als die deutsche Republik. In die Staatsumwälzung des Herbstes 1918 ging die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands — es gab ja nicht nur die Partei, sondern auch Gewerkschaften und Genossenschaften — nicht als eine zu gewagten Risiken neigende sozialrevolutio-

wagte, was sie wirklich war, wird in diesem Buche noch manchen neuen Zusammenhang finden.

Diese Bewegung mit einer revolutionären Praxis und einer mehr auf Bildungsabende als auf Massenwirkung und Führerkräfte sich erstreckenden revolutionären Theorie sah sich im November 1918 plötzlich und ohne jede Vorbereitung der Notwendigkeit gegenüber, einen großen Staat nicht nur zu regieren, sondern umzuformen. Es ist leicht, der Partei vorzuwerfen, daß sie dieser Aufgabe nicht gewachsen war, aber die anderen waren es noch weniger. Von den liberalen und den katholischen Demokraten, die sich in entscheidender Stunde als hilflos erwiesen, ganz zu schweigen; es ist weder in der Revolution von 1918 noch später aus dem revolutionären Radikalismus gegen die Sozialdemokratie eine Theorie oder eine Führung erwachsen, die auch nur nennenswert eine staats- und gesellschaftsbildende

Linken und der Mitte hatte entweder seit Jahrzehnten das Wehrproblem aus dem Gesichtswinkel steuerpolitischer Pfennigfuchserie betrachtet oder war längst militärfremd ohne Eigenwillen geworden. So mußte das Verhängnis seinen Weg gehen. Neben ein im Ansehen sinkendes Parlament trat mehr und mehr nicht nur eine sich konsolidierende und sich vergrößernde Armee, traten auch als ihre Reserve Milizformationen unter Führung von Gewaltmenschen, die eine schwache Republik weder für sich einspannen konnte noch zu vernichten wagte. Wer für die Zukunft lernen will, stößt hier auf eine Entscheidungsfrage des Sozialismus, und gerade das Buch von Stampfer beschönigt die Willensschwäche der Republik und der sie tragenden Parteien nicht. Die verschiedensten Gruppen der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie haben sich da wirklich nichts vorzuwerfen.

Ihre Unkenntnis elementarer Machtpolitik und ihre Abscheu gegen deren unvermeidliche menschliche und technische Instrumente waren überall gleich groß. Stampfer selbst hat ja erst neulich noch in diesen Spalten sich ein wenig über die »Kriegsleutnants« lustig gemacht. Immerhin: es waren und sind recht gefährliche Burschen, auch wenn sie nicht gerade im Leutnantsrange standen, vielleicht sogar nur die Gefreitenknöpfe hatten. Nicht nur eine revolutionäre, sondern schon eine reformistische Umgestaltung muß sich auch solcher »Leutnants« bedienen können, mindestens muß sie vermeiden, die Soldaten sich und dem Staate zu unbedingten Todfeinden zu machen. Geist und Gewalt schließen sich nicht aus. Das ist gewiß eine Binsenwahrheit, aber man muß auch wagen, sich zu ihr bekennen und entsprechend politisch zu handeln.

Es steht sehr viel in dem Stampferschen Buche, was an Tatsachen die selbstverständliche Gebundenheit auch jeder sozialistischen Politik an die Grenzen der Nation beweist. Keine der Tatsachen wirkt aber stärker als ein Auszug aus der Rede Sinowjews auf dem Spaltungsparteltag der U. S. P. in Halle. Er hat ein für allemal ein klassisches Beispiel dafür geliefert, wohin auch der schärfste Analytiker und kühnste Perspektivist gerät, wenn er hoch über den Völkern nur internationale Klassen sieht und weltweit seine angeblich wissenschaftliche Schematik zu blutleeren Schemen werden läßt:

»Haben Sie nicht gesehen, daß in Italien der Anfang der Revolution da ist, der proletarischen Revolution? Sie wird dort siegen, wenn nicht heute, so morgen! Wir haben mit Interesse die Bildung eines Aktionsrates der englischen Arbeiterklasse verfolgt; es war der Anfang eines Sowjets. In der englischen Arbeiterbewegung sehen wir Umwälzungen von weithistorischer Bedeutung. Die englischen Menschewisten mußten eine bolschewistische Bewegung einfaches: so ist die Lage, und das kommt auch in Deutschland. Nehmen wir ein Land wie Oesterreich; da können Sie morgen erwachen und in der Zeitung lesen, daß dort die Sowjetregierung gekommen ist. Wenn es so kommt, brauchen Sie sich gar nicht zu wundern, das ist etwas ganz Selbstverständliches. Nehmen Sie den ganzen Balkan, er ist eine reife Frucht für die proletarische Revolution. Die unterdrückten Massen Asiens erwachen. Ich gestehe, als ich in Baku sah, wie Perser und Türken die Internationale anstimmten, fühlte ich Tränen in meinen Augen. Da spürte ich den Hauch der Weltrevolution.«

Wer damals schon kein Wort von diesen Prophezeiungen glaubte, hat jetzt noch weniger Grund, sich eine Entwicklung in Europa und in der übrigen Welt vorzustellen, die sich innerhalb der Völker auch nur annähernd nach denselben Grundsätzen und mit denselben Methoden vollzieht. Dem Führer der Dritten Internationale hat damals einer der besten und nüchternsten Marxisten, Dr. Hilferding, geantwortet (in einer Rede, die viele für lange gültige Wahrheiten enthält): »Man muß aufhören, einander Schmutzkonkurrenz in Radikalismus zu machen,

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund



näre Gruppe hinein, sondern als eine demokratische und soziale Reformbewegung mit gemäßigten sozialistischen Zielen. So war einst ihr Ursprung, soweit er in Deutschland lag. In einem halben Jahrhundert hatte sich so ihr Charakter geprägt. Keine noch so scharfsinnige Theorie hatte in dieser langen Zeit die deutsche Arbeiterbewegung von der reformistischen Praxis abbringen können. Seit dem 4. August 1914 sind die Angriffswellen von links immer und immer wieder und in immer neuen Formen gegen die in Organisation gegossene Art der deutschen Arbeiterbewegung angestürmt. Es blieb alles vergebens. Sie blieb, was sie war und sein mußte. Keiner ihrer revolutionären Gegner eroberte je die Mehrheit der sozialistischen Arbeiter. Erst die gewalttätige Diktatur konnte die Sozialdemokratie niederschlagen — aber ihre revolutionären Gegner von links waren schon vorher auf der Strecke geblieben.

Wer konnte etwas anderes erwarten, als daß diese Sozialdemokratie in einem sozialen Volksstaat, wie er der Form nach vom Herbst 1918 bis zum Sommer 1919 geschaffen wurde, die führende Staatspartei sein mußte? Auf jeder Seite der Geschichte dieser »14 Jahre« ist es an den Tatsachen zu lesen. Es gab einfach für die Sozialdemokratie keine Möglichkeit, sich ihrer Verpflichtung und damit ihrem innersten Wesen zu entziehen, auch wenn sie es immer wieder versuchte. Weniger aus eigenem Trieb als unter dem Druck wortreicher Revolutionsdemagogie und im Kampfe gegen die unermeßliche Borniertheit deutschen Bürgertums in allen Parteien rechts von ihr. Diese Tragödie erzählt uns Stampfer auf vielen Blättern nicht ohne bittere Ironie. Auch wer das alles mit erlebt hat und, mit Recht oder Unrecht, zu fühlen und zu erkennen glaubte, daß die deutsche Arbeiterpartei nicht immer zu sein

Macht hätte werden können. Soweit diese radikalen Gruppen nicht schematisch ausländische Vorbilder kopierten, lebten sie ideell und personell aus sozialdemokratischer Vergangenheit. Die Fehler, die im Herbst 1918 aus der ganzen Tradition der Sozialdemokratie sich ergeben mußten, sind aus der Stampferschen Darstellung sehr gut abzulesen, und sie wirkten nach bis zum Untergang. Auch Revolutionen werden eben doch »gemacht«, wenn ihre treibenden Ursachen auch weithin zwangsläufig sind. Ein sicheres und schlagkräftiges Machtinstrument wächst jedenfalls nicht aus irgendwelchen geheimnisvollen Entwicklungsgesetzen oder aus der Dialektik von Versammlungsdiskussionen oder gar aus der Stille wissenschaftlicher Bibliotheken, selbst wenn ihr Inhalt noch so marxistisch ist.

Im Rückblick wirkt es beinahe komisch, wenn man vergebens bei irgend einer der sich befendenden Richtungen den Willen und noch weniger die Fähigkeit sieht, sich gleich im Zusammenbruch der notwendigsten Waffen zu bemächtigen und Menschen damit auszurüsten, die sie diszipliniert zu gebrauchen wußten. Auch Stampfer führt natürlich viele Entschuldigungen an, und der Hinweis auf die pazifistische Gesinnung der Arbeiter ist der wichtigste und richtigste, aber er erklärt bei weitem nicht alles. Die Bewegung der Sozialreformer, der Demokraten und der sozialistischen Ideologien verschiedenster Grade stürzte sich 1918 mit Feuereifer auf die Verwirklichung ihrer Ziele, aber das Schwert überließ sie als kulturwidrig den anderen. Einzelne Ansätze zur Machtpolitik mit der Waffe blieben die Versuche einzelner.

Auch nicht von den späteren bürgerlichen Koalitionspartnern konnte der Wille und das Können zu einer demokratischen-republikanischen Militär- und Hausmacht kommen. Das deutsche Bürgertum der

Seine Majestät: der Parteijunker

Reitsport, Jagdvergnügen, elektrische Tisdtelefone

sonst macht man das Proletariat zum Objekt für die Politik der Bourgeoisie. Da hat man wirklich in einem Satz das Geheimnis der innerpolitischen Tragödie Deutschlands in den Nachkriegsjahren enthüllt. Ungezählte Beweise dafür mag man bei Stampfer nachlesen.

Ausgezeichnet rekapituliert Friedrich Stampfer die Außenpolitik der Republik und zeigt die Linien, die von Clemenceau und Poincaré direkt zum Aufstieg eines deutschen Nationalismus führen, der in dieser Besessenheit vorher niemals im deutschen Volke zu einer Massenerscheinung werden konnte. Mit wieviel Haßfüllter Schikane ist die abgerüstete Republik für die Politik des Kaiserreichs verantwortlich gemacht worden, auch dort, wo sie sich unzweideutig von der wilhelminischen Zeit unterschied! Beinahe gegen jede Sekundärbahn oder Brücke im Westen des Reiches Protest und Verbot! Militärische Sanktionen Frankreichs, weil irgendwo Teile für die Herstellung von Maschinengewehren durch die internationalen Kontrolloren gefunden wurden, und entsprechende Racheprozesse und Fernmorde gegen angebliche Verräter in Deutschland hinterher! Und dann doch mehr und mehr der Durchbruch zur äußeren Freiheit, je stärker sie im Innern Deutschlands bedroht wurde. Stampfer hat recht: Hitler hatte nach außen nichts mehr zu befürchten: »Deutschland war wieder Großmacht und saß im Rate des Völkerbundes. Seine Gleichberechtigung, grundsätzlich auch die militärische, war anerkannt. Die Reparationen waren gestrichen, das Rheinland war seit drei Jahren — fünf Jahre vor Ablauf der Räumungsfristen — wieder frei.«

Vollkommen richtig! Aber dafür, daß die Republikaner und unter ihnen besonders die Sozialdemokraten sich Mühe gegeben hätten, dem deutschen Volke ihre nationale Realpolitik und Befreiungstat recht prägnant klar zu machen, kann auch Stampfer keine Anhaltspunkte liefern. Die Furcht, in den Verdacht des »Nationalismus« zu kommen, war fast noch größer als die puritanische Bescheidenheit. Stampfer meint anlässlich eines Menschenleben fordernden Unglücks bei der Befreiungsfeier im Rheinlande, die Republik habe selbst bei ihren Festen kein Glück mehr gehabt. Nein, sie hat überhaupt nie Feste zu feiern verstanden. Schon deshalb nicht, weil sie die Bedeutung von Volksfesten nicht kannte, auch nicht die Wichtigkeit repräsentativen Auftretens, und die psychologische Bedeutung militärischen Gepräges nicht einmal ahnte. Volkspsychologie? Das war ein belächeltes Nebenfach und gehörte in das unwissenschaftliche und daher verdächtige Gebiet der Romantik. Als wir zu begreifen anfangen, war es zu spät. Aber gerade in der psychologischen Entwicklung sollten wir nun nicht aufhören zu be-

Es wird jetzt im braunen Deutschland besonders viel vom sogenannten Führernachwuchs geredet, der zumeist aus den Reihen der jungen »alten Kämpfer« erwählt und in zahlreichen, teils weitanschaulichen, teils militärischen Lehrgängen geschult wird. Alle Zeitungen sind des Lobes voll und begehren sich befehlsgemäß für den prächtigen braunen Stab, der da angeblich heranwächst. In der Tat hat das Regime ein lebhaftes Interesse daran, das Offiziers- und Unteroffizierskorps seiner Parteigruppen gehörig »auszurichten« und in Ordnung zu halten, denn wohin es führt, wenn dort eine eigene Meinung einreißt, das hat der 30. Juni 1934 gelehrt. Jetzt werden die Postenanwärter nach Möglichkeit schon in der dritten Volksschulklasse, also etwa mit neun Jahren, ausgewählt. Bei dieser Auswahl spielen körperliche Leistungsfähigkeit des Kindes und politische Zuverlässigkeit der Eltern die Hauptrolle. Das Ziel ist, die Auserlesenen ganz aus der Schul- und Hausgemeinschaft herauszunehmen und sie je einige Jahre in Ortsburgen, Kreisburgen und Gauburgen zu erziehen, um sie dann nach bestandener Reifeprüfung zunächst in den Heeres- und anschließend in den Parteidienst zu entlassen.

Mit dem Bau dieser Isolieranstalten wird allerdings gerade erst begonnen — Marienbergshausen im oberbergischen Land soll die erste Ortsburg im Reich erhalten, in Waldbrunn ist die Errichtung einer Kreis-

schulungsburg geplant —, da aber in solchen Fällen mit Mitteln keineswegs gespart wird und da man sich bis zur Erfüllung des Bauplans mit Interimsburgen behelfen kann, hängt das Programm durchaus nicht in den Wolken. Man darf vielmehr damit rechnen, daß die künftigen Chargenträger alsbald nicht mehr mit sondern neben der Gesamtheit der deutschen Jugend aufwachsen werden. Was das für ihre künftige Volksnähe oder besser Volksferne bedeutet, ist leicht erkennbar.

Aus den im Treibhaus gezüchteten Postenanwärtern wird nun wieder eine besonders geeignete und besonders zuverlässige Schar auserlesen, um zu den Höhen des braunen Machtbereichs emporgelührt zu werden. Die Orts-, Kreis- und Gauburgen sind als Reservoire für die Ordensburgen gedacht. Und hier liegt einer der entscheidenden Webfehler des listig gesponnenen Netzes. Die privilegierte Gruppe der »Junker« — dieser Titel ist den Insassen der Ordensburgen verliehen worden — wird derart erhöht und verzogen, daß die in den niederen Regionen verbleibenden Konkurrenten unweigerlich verärgert werden müssen. Während man die Erziehung in den örtlichen Vorbereitungsburgen recht spartanisch zu handhaben gedenkt, weiht man die »Junker« in das letzte Geheimnis des braunen Führertums ein. Und dieses Geheimnis heißt — feudaler Lebenszuschnitt. Wir geben hier eine Schilderung

der Ordensburg Crössinsee, Pommern, die bis zum Mai 1937 endgültig fertiggestellt werden soll und zu deren Vollendung bereits 2000 Handwerker und Arbeiter eingetroffen sind. Wir zitieren die amtliche »Preussische Zeitung«:

Von dem gesamten zur Verfügung stehenden Gelände sind bisher 130 Morgen fertig bebaut, während die restlichen 200 Morgen bis Mai 1937 — dem voraussichtlichen Eintreffen der ersten Kursantennener — ihrer Bestimmung zugeführt werden sollen.

Zur sportlichen Betätigung der Junker wird in unmittelbarer Nähe der Festerstätte ein großer Sportplatz errichtet, der alle neuzeitlichen Anlagen wie 400 Meter Aschenbahn, Tennisplätze usw. enthalten soll.

Und in unmittelbarer Nähe dieses Sportgeländes werden am Seeufer eine Freibadanstalt sowie mehrere Bootshäuser entstehen. In diesem Zusammenhang ist auch geplant, den Crössinsee mit dem Völkowsee durch Ausbaggerung des hier vorbeifließenden Drageflusses zu erschließen und diesen See wiederum mit dem entfernter gelegenen Dratzigsee, einem der größten Seen Deutschlands überhaupt, durch einen Durchstich zu verbinden. Nach Fertigstellung dieser Bauarbeiten, die gleichfalls noch im nächsten Jahr beendet sein sollen, wird den Burginsassen die Möglichkeit zur Pflege jeglichen Wassersports gegeben.

Im weiteren Bauprogramm steht die Errichtung einer Reithalle und eines Reitplatzes sowie der für die Unterbringung von 200 Pferden erforderlichen Ställe im Vorgelände der Burg. Um

greifen und zu horten und die gewaltige Dynamik des Gefühls zu studieren.

Es ist unmöglich, im Rahmen eines Zeitungsartikels, der ohnehin schon zu ausführlich wird, den Reichtum des Stampferschen Buches an Tatsachen und Darlegungen auch nur anzudeuten, und es ist hier auch nicht der Ort, jede gegenteilige Meinung herauszuarbeiten. So ließe sich zur Problematik Brüning und Schleicher wohl auch manches gegen Stampfer sagen. Namentlich bei Brüning wird Stampfer dessen Herkommen aus den Bezirken katholischer Soziallehre nicht gerecht, für die gerade in jenen Jahren der Papst die Quadragesimo anno schuf, ein politisches Instrument, das noch lange nicht abgetan ist. Gerade als Gegner muß man das wissen — und Stampfer weiß das übrigens recht gut. Daß einige der letzten Kapitel des Buches schwächer sind, gibt Stampfer selbst zu. Da werden im Wirbel der Raserei Geschehnisse kurz behandelt, von denen jedes einzelne ein Geschichtswerk für sich erfordert, und zu dem verlieren sich die Quellen etwa vom Sturze Brünings an in die noch ungelösten Rätsel der Präsidentschaftspolitik und ihrer Intrigen und ihrer Kor-

ruption in geheimen Zirkeln von Staatsstrichlern, Mordbrennern und Banditenführern.

Irgendwo sagt Stampfer: »Die SPD ist einen wunderlichen Weg gegangen.« Ja, aber nur dann, wenn sie nicht ihren Weg gegangen ist, wenn sie das Gesetz verleugnete, nach dem sie einst in Deutschland angetreten, im deutschen Volke fortgeschritten und verwurzelt war. Wer immer sie davon abdrängte, fügte nicht nur dieser Partei, sondern auch dem Volke, dessen Wesensausdruck sie zum guten Teil war, schweren Schaden zu. Stampfer sagt, daß die Republik dem Geiste der Humanität entsprang, der das deutsche Volk im Laufe seiner Geschichte in dreifacher Gestalt erfaßt hatte: der christlichen, der liberalen und der sozialistischen. Genau dasselbe trifft auf die deutsche sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu. Ihre Theorie war atheistisch, ihre Ethik christlich. (Edgar Steiger am Todestage Bebel's: »Maulchristen betet! Dieser Atheist, bestaunt das Wunder, war ein echter Christ!« Und übrigens auch: »Ihr Patrioten, wenna noch welche gibt, wer hat wie er sein Va-

terland geliebt?«) Diese idealistisch-materialistische deutsche Volksbewegung hatte mehr Christentum und Liberalismus als alle Parteien zusammengenommen, die sich christlich oder liberal nannten. Aber wir stocken, wenn wir an das »sozialistische« kommen. Die sozialdemokratische Bewegung war vielleicht zu »christlich«, sicher zu liberal, aber eben so gewiß nicht sozialistisch genug! Auch Stampfer verhehlt es nicht. Seine gewissenhafte Selbstkritik hält im ganzen Buche, was sie im Vorwort verspricht.

Stampfer hat Geschichte geschrieben. Sein Blick in die Zukunft ruht auf einem Bilde aus der großen liberalen französischen Revolution: »... und auf den Trümmern der deutschen Bastille die Fahne der Menschenrechte aufzupflanzen.« Das ist nur ein Teil der Aufgabe. Die Entscheidung wird vorbereitet durch die Wiedergeburt des Sozialismus in Deutschland, und diese sozialistische Renaissance harret noch ihrer großen Bahnbrecher und führenden Kämpfer.

Wilhelm Sollmann.

Völkerbund-Saga

Es saßen im Ratssaal versammelt die Rater und rieten verzagt, es ward manche Rede gestammelt, es ward mancher Ausschuß vertagt.

Und wie sie so saßen, da fetzte ein Windstoß den Vorhang entzwei und über die Klubsessel setzte ein Affe mit lautem Geschrei.

Man sah ihn sich kratzen und jucken, er flüchte sich hinten und vorn, begann auf die Herren zu spucken und brüllte in gräßlichem Zorn.

Die Ratsherren starrten erschrocken und waren nicht wenig verärgert und rieben die Stehkragen trocken, die der Geifer des Affen beschmutzt.

Der Affe geriet in Ekstase und schlug immer lauter Radau, zog dann eine sehr lange Nase und fuhr mit Gestank aus dem Bau.

Den Ratsherren war solches peinlich sie sagten, hier sei nicht der Ort — und distanzieren sich reinlich und setzten die Ratssitzung fort.

Und werden weiter so raten, bis der Affe es ihnen vergällt, heut laust er die Herren Diplomaten und morgen die ganze Welt.

Der Blutige Mythos

Ein zerstörter Schlager.

Er war dem Dritten Reiche schon avisiert und gehörte zu den Anwärtern, die um Gangsterien herumsitzen, sich als Märtyrer ihrer Hitlerbegeisterung empfehlen und bereit sind, jeden besseren Posten pensionsberechtigt aus-

zufüllen. Mit der Not der Zeit, mit der Verschärfung der Konkurrenz wächst ihre Zahl. War sein Bild nicht schon drüben, ein paar frischer Schmissen im Gesicht? Wetzten Nazischmucks nicht schon die Feder: Seht, solche deutsche Nibelungentreue sitzt im Auslande, arbeitet für die Irredenta und wartet nur auf den Anschluß! Seht die Schmissen, frisch vom Schlachtfeld! Die hat sich Herr R. im Duell geholt, für Hitler, als es galt, eine Beleidigung des Führers zu rächen, Man merke den Tapferen vor!

Und so hätte Herr R. eines Tages im Dritten Reich gesessen, in guter Position, wie so mancher andere verhinderte Märtyrer. Bei festlichen Gelegenheiten wäre er herumgereicht worden: Seht, das ist einer der Helden, die in CSR an der Deutschlandfront standen; für Hitler sah er dem Tod ins Auge. Das ist deutsche Mannentreue — wenn der Name des Helden auch durchaus slawisch klingt. Bei einigem Geschick hätte er es bis zum Staatsrat bringen können, vielleicht wären einmal seine Erinnerungen erschienen und hätten der Jugend erzählt, wie er sich mit dem Säbel in der Faust für den »Führer« ins Getümmel stürzte.

Aber hier meckerte die Vorsehung wieder einmal und machte nicht mit. Vor einem tschechoslowakischen Gericht stand dieser Tage ein schwer benarbter Herr. Er hatte vor Bekannten mit einem Duell renommiert, das er gegen einen Beleidiger Hitlers ausgefochten habe, daher die Schmissen im Gesicht. Die Sache kam an den Staatsanwalt. In der Untersuchungshaft gestand der Haudegen: er habe sich die Schmissen von einem befreundeten Arzt ins Gesicht operieren lassen und das übrige erfunden, um im Dritten Reiche eine entsprechende Stellung zu erlangen. Der Arzt

bestätigte die Operation. Aus. — Wenn der Staatsanwalt nicht so rauh zugegriffen hätte, könnte Herr R. heute in Gangsterien — siehe oben. Die Naziblätter hätten sich alle Finger nach den Schlager gelehrt: Nibelungentreue der Grenzlanddeutschen. Mit Bild.

Jedes System hat seine hochstaplerischen Spezialitäten. Auch in diesem Punkte gelten drüben wieder die peinlichsten Mentalitäten und Zubehöre der wilhelminischen Zeit, verzerrt ins Barbarische und Sadistische. Es ist gar nicht auszudenken, was der Mann drüben hätte für ein Glück finden können, wenn er nicht solch Pech gehabt hätte. Es fehlte nichts zum Heldenmythos, selbst der Schwindel wäre der Reklame wegen in Kauf genommen worden, zumal dieser Stil drüben bereits große Tradition hat und an der Wiege des Dritten Reiches mit Pate stand. Die zwölf Feinde, die Hitler während des Weltkrieges mit Gewalt ganz allein umzingelte und gefangen nahm, konnten bis dato nicht ausfindig gemacht werden. Zeugen existieren nicht. Das belgische Gefängnis, in dem sich Göbbels für Hindenburg auspeitschen ließ, ist bis heute noch nicht wieder entdeckt worden. Zeugen existieren nicht, Herr R. aber konnte sogar Narben aufweisen, Göbbels konnte das nicht und hat trotzdem mit der heroischen Legende große Karriere gemacht.

Die Kleinen ahmten das Muster der Großen begeistert nach. In der »Kampfzeit« sah die erstaunte Öffentlichkeit an der Spitze brauner Kundgebungen oft verbundene Köpfe, blutige Verbände, darüber die wehende Hakenkreuzflagge. In der Nazipresse desselben Tages war zu lesen, daß sich die verbundenen Helden ihre Wunden bei den jüngsten Zusammenstößen mit den Marxisten geholt hätten. Einige Male mußte die Polizei in solche

Züge eingreifen, verbundene Märtyrer wurden sistiert — und auf der Polizeiwache stellte sich heraus, daß unter den Verbänden nichts als die Wunden fehlten. Nichts war so heil, als diese Schädel. Aber der Mythos vom SA-Mann, der für das neue Deutschland in Blut und Wunden einherging, wuchs weiter.

Heute protzt jeder Scharführer, der etwas auf sich hält, mit einer Heldentat aus der »Kampfzeit«. Zeugen existieren meist nicht, oder sie wagen nicht zu kritikastern, denn solch ein Blutsystem verhindert Heroen braucht die blutige Legende, bezieht aus ihr eine Gloriole, die immer wieder neuer Reklamnarben bedarf. Man hätte sich darum auch den Tapferen aus Grenzland etwas kosten lassen und hätte dann dafür gesorgt, daß nach dem Duell nicht geforscht wurde.

Ein System, das den Mythos pflegt und von ihm lebt, weil die rauhe Wirklichkeit zu un bequem ist und eine wirkliche Revolution fordert, kann nicht genug eigenen Mythos produzieren. Je mythischer, desto besser. Wo der Bluff regiert ist nur die Wahrheit gefährlich und daher polizeilich verboten.

B. Brandy.

Edelkitsch und Schundroman

Der Romantel der sozialdemokratischen Presse galt einst in Deutschland auch unter bürgerlichen Beurteilern als besonders hochwertig, die übrige Presse blieb unzweifelhaft, von großen Blättern abgesehen, dahinter zurück. Vergleicht man damit das Feuilleton der Nazipresse, so erkennt man die ungeheure Kluft, die zwischen den beiden Weiten liegt. Wir haben uns das saure Vergnügen gemacht, die Romantel eines Naziblattes mehr denn drei Monate lang zu lesen, um die neudeut-

auch die Junker fliegerisch ausbilden zu können ist noch für dieses Jahr an die Leichtung von eigenen Flugplätzen in nächster unmittelbarer Nähe der Burg gedacht. Auch eine jagdliche Ausbildung ist beabsichtigt, und bereits jetzt wurden ca. 20.000 Morgen für Nieder- und Hochjagd gepachtet.

Die Wohnhäuser sind sämtlich entweder in roter oder blauer Farbe gehalten und machen einen außerordentlich geschmackvollen Eindruck.

Der Küchenmeister steht mittels einer besonderen elektrischen Rufanlage mit sämtlichen Tischen des Speisesaals in Verbindung. Es ist hier fast selbstverständlich, daß das gesamte Geschirr maschinell gewaschen, getrocknet und poliert wird.

Zum Schluß kann noch erwähnt werden, daß eine eigene Burgschenke, ein

Gasschutzkeller, daß sogar eigene Gärtnereien zur Züchtung von Blumen und Gemüse vorhanden sind.

Jagd, Wassersport, Reithalle, an jedem Tisch elektrische Telefonanlage zum Küchenmeister — die Junker führen ihren Namen zu recht, und die deutschen Steuer- und Abgabeknechte wissen, wer die Kosten der luxuriösen Einrichtung trägt. Nach absolviertem Lehrgang wird es Sache der Parteilung sein, die jungen Menschen annähernd auf dem gleichen Lebensstandard zu halten, damit sie nicht ins Meckern kommen. Und das ist nicht allzu schwer. Einerseits wird man nach Möglichkeit die Söhne vermöglicher Eltern — vor allem und im Hinblick auf die »Erbmasse« die Söhne der bereits arrivierten Parteilonzen — auf die Ordensburgen

entsenden, andererseits stehen in dem ständig wachsenden Parteiapparat allerlei gut bezahlte Posten zur Verfügung, mit denen ein Junker schon zufrieden sein kann. Und daß eine derart privilegierte Schicht dem System eine zuverlässige Stütze bietet, wird jedem klar sein.

So schreitet die scharfe Teilung des deutschen Volkes in dünne Oberschicht und breite Unterschicht ständig fort. Im eigenen Lager der braunen Machthaber bleiben immer mehr Zu-kurz-Gekommene auf der Strecke — und langsam wächst der Riß, der eines Tages das ganze Gebäude zum Bersten bringen wird. Die Ordensburgen sind als Zwingburgen errichtet — sie werden das Ende nehmen, das bisher in der Weltgeschichte noch jede Zwingburg genommen hat.

Die mißbrauchten Symbole

Ein Hitlerjunge ärgert sich.

In der »Nationalsozialistischen Rheinfront« wettet ein junger Hitlerbursche in heller Empörung gegen die dienstbeflissene Begeisterung der gleichgeschalteten Hakenkreuzbürger. Er schreibt:

»Es gibt im Jahre 1936 doch ziemlich viele Leute, die schon gemerkt haben, daß sich bei uns in Deutschland seit 1933 allenthalben geändert hat. Wenn diese Leute nun den Mund auf tun, dann sind sie immer bestrebt, dies ihren Mitvolksgenossen, die es wahrscheinlich noch nicht gemerkt haben, mitzuteilen und zu zeigen, daß sie doch gut nationalistisch sind. Das schon läßt uns leicht frieren.

Wenn irgendein Verein nun einen gesellschaftlichen Abend oder ähnliches veranstaltet, so darf auf keinen Fall eine Rede fehlen — ja klar — aber was uns auffällt, anscheinend darf in keiner dieser Reden die Feststellung fehlen, daß die Arbeit des XY-Vereines ganz im Sinne unseres herrlichen Führers geschieht und der Schluß aller Reden scheint sich auf eine Formel eingestellt zu haben. Oder, wir fragen euch, habt ihr schon einmal in so einem Vereinsabend eine Rede gehört, die nicht mit einem Siegesheil schloß? Folgte dann nicht immer das Horst-Wessel-Lied, obwohl es nicht im geringsten zu der Sache paßt? ...

Wenn nun neulich in einer Veranstaltung sofort auf das Horst-Wessel-Lied der Abend abgeschlossen wird mit dem Musikstück »Aufruf zum Tanz« von Weber, dann stehen uns, ob wir wollen oder nicht, die Haare zu Berg ...

Der junge Schreiber zerbricht sich den Kopf, wie dem wohl abzuwehren sei, und er verfällt naturgemäß auf das Mittel, das der braunen Jugend täglich als Allheilmittel empfohlen und vorgeführt wird:

»Genau so wie der Kitsch verboten wurde, so wünschen wir, daß das Zerreden ebenso aufgehört wie der Mißbrauch unserer Symbole, sonst wären wir vielleicht doch einmal gezwungen, nicht zu sagen, daß etwas gesagt werden muß, sondern vielleicht einmal mit unseren jungen, aber harten Fäusten den Stil herzustellen, der zu unserer Zeit paßt.«

Also die Fäuste sollen auch hier mal wieder jedes Argument ersetzen. Aber diesmal wird das Dreinschlagen nicht so einfach sein. Das, was dem Burschen nicht paßt, das Katzbuckeln und Schleimen und Liebedienern — das haben die braunen Gewaltherrn den Kegelbrüdern und Vereinspinschern ja erst mit Faustschlägen und Drohungen beigebracht. Eine Entziehungskur mit den gleichen Mitteln würde erstens wirkungslos sein — denn jeder Klub, der nicht fortwährend Heil ruft, riskiert seine Auflösung — zweitens würde sie nicht verstanden werden — Heil wird man doch noch sagen dürfen! —, drittens aber — und das ist das Entscheidende — würden sich die sogenannten verantwortlichen Stellen in diesem Falle das Wüten »untergeordneter Organe« energisch verbitten. Denn was die Hitlerjungen kränkt, das freut ihre Führer desto mehr. Das Affentheater in den gleichgeschalteten Vereinen dient ihnen ja zum Beweis dafür, daß »ganz Deutschland geschlossen hinter dem Führer steht.«

Eine Erinnerung an Maxim Gorki

Vor mehr als dreißig Jahren war Maxim Gorki in Konflikt mit der zaristischen Regierung geraten. Es drohte ihm die Hochverratsanklage, und die Pessimisten sahen ihn schon auf dem Verbannungsweg nach Sibirien. In ganz Europa gab es einen Proteststurm. »Rettet Gorki, Gorki wurde gerettet, vermutlich auf Fürsprache Tolstois. Hernach kam er nach Deutschland und wurde gefeiert; er kam nach Frankreich und wurde gefeiert; er kam nach Italien, das ihn vielleicht am meisten feierte. Zuguterletzt reiste er nach Zürich und verweilte mehrere Monate in Küsnacht am Zürchersee. Er wohnte ein paar Häuser von Bebel entfernt. Bebel und Gorki waren bisher Freunde auf Distanz, jetzt entstand eine etwas schwierige Freundschaft in der Nähe. Sie hatten sich so viel zu sagen, und Wort für Wort mußte der Dolmetscher dem andern vermitteln.

Beide hatten viel Interesse für wissenschaftliche und philosophische Probleme. Damals gab es einen populären Gesprächsstoff in der Wissenschaft. Es ging damals um das Gedankenexperiment von Camille Flammarion. Der Pariser Astronom hatte — in der Theorie — ein Fahrzeug erdacht, das sich mit einer dem Licht überlegenen Geschwindigkeit im Weltraum bewegen kann. Was würde ein Fahrgast erleben, der sich in diesem »Sonnenwagen« auf die Weltreise begeben könnte? Antwort: Er würde Dinge und Ereignisse antreffen, die längst gewesen oder abgelaufen sind, aber jetzt in umgekehrter Reihenfolge. Sehr einfach: Wenn wir mit dem Auto den Schnellzug ein- und überholen, so begegnen wir zuerst dem letzten Wagen, zuletzt der Lokomotive. Unter diesem Aspekt hielt der Schreiber dieser Zeilen im Mach-Verein einen Vortrag über die Schlacht von Waterloo, einen zweiten über das Leben Goethes. Was in der Natur der Dinge zuerst war, kam zuletzt; was zuletzt war, kam zuerst. Also zuerst der fliehende Napoleon, dann der sieg-

reiche Napoleon, dann das Schlachtgetümmel, dann die beginnende Schlacht, zuletzt das Biwak vor der Schlacht. Zuerst der Tod des Dichters, zuletzt seine Geburt.

Nach dem zweiten Vortrag kamen wir im Café de la Terrasse zusammen. Bebel traf sich dort alle Dienstag und Freitag abends mit Karl Bleibtreu, den er als Schriftsteller, Sozialkritiker und militärischen Sachverständigen außerordentlich hochschätzte.

Bleibtreu ließ sich den Inhalt meines Vortrags mitteilen. Sein erster Gedanke war: »Unser Weg — er meinte damit Bebel's, Gorki's und seine Laufbahn — ist von der Tiefe zur Höhe gegangen. Ganz interessant, im Sonnenwagen von der Höhe in die Tiefe zu jagen.« Er stellte dann zwei Fragen an Gorki und Bebel. Wo würde Euch der Sonnenwagen immer noch zu langsam fahren? Wo möchtet Ihr Station machen?

Bebel hatte die Antwort sofort bereit. »Als ich zwei Jahre auf der Festung Gletwitz zubrachte, mußte ich viel Unangenehmes durchmachen, und noch mehr Schreckliches ansehen. Soldatenschinderei, Gefangenmißhandlung, stupiden Offiziers- und Unteroffiziershochmut. Zu einem Augenblick möchte ich aber doch sagen: Verweile doch, du bist so schön! Das war damals, als ich, im Jahre 1881, nach längerer Trennung Karl Marx in London wiedersah. Er war bereits ein Todeskandidat, sein Magen- und Leberleiden verursachte ihm zeitweilig große Schmerzen. Ich brachte ihm gute Nachricht. Der Sozialismus gewänne Anhängerschaft trotz des Bismarckschen Sozialistengesetzes, vielleicht gerade deswegen. Marx konnte bei aller Nüchternheit pathetisch werden, und nach dieser Mitteilung wurde er es. Er sagte: Wir haben 1848 den Weg zum Sozialismus mit Siebenmeilenstiefeln zurücklegen wollen, wir haben aber gesehen, daß wir auch nur flott marschieren können und das tun wir. Ich sehe die Arbeiterbataillone defilieren und, eine

Etappe weiter, sehe ich im Geist den sozialistischen Staat. — Mir war zumute, sagte Bebel, als hörte ich auf der Bühne Attinghausen über die Freiheit sprechen.«

Gorki äußerte sich zu Bleibtreu's Frage und Problem etwa so: Mir ist jeder Augenblick im Leben so wertvoll, daß ich keinen aus der Erinnerung streichen möchte, über keinen mit dem Sonnenwagen hinwegjagen will; ich möchte aber auch an keinem besonders lange Station machen. Eine Ausnahme gibt es allerdings auch für mich: meine dritte Begegnung mit Tolstoi, auf seinem Gut Jasnaja Poljana. Er war mit seinen Bauern bei der Feldarbeit, und ich half fleißig mit. Da ließ sich der französische Chauvinist Déroulède melden und nach kurzer Zeit trompetete er bereits das Revanchelied los. Man hörte immerzu die Worte patrie, l'honneur und revanche. Eine Weile ließ ihn Tolstoi reden, dann unterbrach er ihn mit einer längeren Antwort. Sie war unvergleichlich schön. Ewig denkwürdig bleiben mir die Schlußworte, die etwa so lauteten: »Wenn der Mensch seinen Gott und sein wertvollstes Menschentum verloren hat, dann macht er sich einen Götzen und dieser Götze heißt Ruhm, Staat, Vaterland.« Im übrigen, fuhr Gorki fort, liegt mir wenig daran, wie die Reihenfolge der Erlebnisse — vorwärts oder rückwärts — betrachtet wird; aber sehr viel läge mir an einer Rollenvertauschung. Nicht ich Angeklagter und Flüchtling, sondern Seine Majestät Zar Nikolaus II.; nicht er auf dem Thron, sondern ein Gremium von Sozialisten als Staatslenker.«

Gorki wurde gefragt, ob daran in Rußland zu denken sei. Das war im Sommer 1906. Daran sei gar nicht zu denken. Rußland werde der letzte europäische Staat sein, der die sozialistische Gesellschaftsform annehmen würde. Nichtsdestoweniger sei man verpflichtet, dafür zu arbeiten, wenn der Tag auch noch so spät anbreche. Bruno Aitmann.

sche Dichtung an der Quelle zu studieren. Das Resultat ist so, daß wir der Marlitt, Eschstruth und anderen Kanonen der alten Gartenlaube viel abzuhütten haben.

Der Name des Nazibiattes tut kaum etwas zur Sache, denn diese Sorte Belletristik geht immer durch die gesamte Göbbelspresse. Wir lassen sie in der Preußischen Presse, Königsberg. Zuerst ein Roman von Theophile von Bodisco: »Heraus aus dem Dunkel.« In dem Dunkel steckt der junge Arbeiter Ewald, der noch nicht weiß, wohin er gehört. Der kommunistische Funktionär, glatt und gemein, lockt ihn und sucht außerdem Ewald's Frau zu verführen, aber das öffnet diesem die Augen, er weiß plötzlich wohin er gehört, er hat rote Waffen versteckt, heraus damit und hinein in die Naziartei. Der rote Untermensch wird dabei getötet, Heil Hitler! Das alles geschrieben von einer blaublütigen Dame, die keine Ahnung vom Arbeiter hat, seine Sprache nicht kennt und eine papierenre Mischung von politischem Traktätchen und Schundroman zusammenbraut.

Das nächste eine Erzählung von Zerkaulen: »Blau ist das Meer.« In zehn Fortsetzungen entwickeln sich zwei deutsche Knaben zu Matrosen auf einem deutschen Kriegsschiff. Beide reden wie Primaner, einfache Bauern schwatzen philosophische Lehrsätze. Im übrigen glit nur eins im Leben: Pflicht, Gehorsam, soldatisches Denken. Der neue Untertan, und dann das Schiff, die Offiziere mit den blauen Augen, der Signalwachtmeister, der Vater seiner blauen Junga, gerecht und knorrig; sein Auge flitz, wie er bei einer Übung sagt:

»Fast wie am Skagerrak — Ja, noch hundertprozentig toller und dazu scharf geschossen, und dann ging es mit Hurra: Ran an den Feind!«

Der alte Gott lebt noch, das waren deutsche Hiebe, o welche Lust, Soldat zu sein, und der junge Matrose geht im Sturm über Bord und sein Freund rettet ihn, hurra, und vorm Kapitän, ha, wie sie da einander selbstlos den Urlaub zuschanzen wollen, und der alte Seebär, wie er vor Rührung über seine Junga schalkhaft schnauzt! Genau so ist das Leben, Edelkitsch über Edelkitsch. Und dieser Schreiber gehört noch zu den Namhafteren!

Den Clou aber bedeutet das dritte Opus. Wiederum bolschewistische Tücke, daß sich die Rotationmaschine schüttelt. Titel: »Die Mädel von Kerke.« Der Schreiber ein gewisser Holstein. Hat den Hetzfilm »Friesennot« mit Erfolg absolviert. Die Fabel: Acht russische junge Mädchen — und zwar alles durcheinander von der Enkelin eines Großfürsten bis zur unehelichen Tochter einer Magd — arbeiten nicht gerade freiwillig auf einem sowjetistischen Mustergut und knirschen in ihren dienstfreien Stunden andauernd mit den Zähnen, weil sie dem Bolschewismus abhold und fromme Christinnen sind. Der Aufseher, »ein Fanatiker der russischen Revolution«, ist natürlich ein ausgekochter Schuft und Mädelchenschänder. Eines Tages wird der Kerl ermordet. Man beschuldigt fälschlich die Mädchen, Großer Prozeß in Moskau. Urteil: Zehn Jahre Zwangsarbeit auf einer Insel in der Arktis.

Natürlich bringen die Heldinnen die ganze Insel blühtblank in Ordnung, kochen wie in der feinsten Hotelküche und erobern so, dabei immer »Damens« bleibend, die Herzen sämtlicher Männer — Männer der Wissenschaft und Soldaten — ohne sich mit einem einzulassen. Dafür läßt die böse Regierung in Moskau auf der Insel einen Wirbel von Mord

und Bestialität anrichten. Es geht zu wie im Dritten Reich, immerfort wird gekillt und geschossen, jeden Tag gibt es ein paar Tote, die Untermenschen gegen die Obermenschen.

Zum Glück — und hier fängt endlich Courths-Mahler ohne Politik an — hat die Führerin der Mädchen inzwischen eine große amerikanische Erbschaft gemacht, ein amerikanisches Großflugzeug entführt sämtliche Heldinnen und alles endet nach mancherlei weiterer Unbill unter Bäumerauschen, Schollenduft und Blubomusik ... Bis zu diesem happy end spielt immer mal auch die Rasse eine Rolle, obwohl der Schmarren seltsamerweise frei von Judenfrässerei ist. Zwar fühlen sich Mischrassige ständig tief unglücklich —

»... Zwei Rassen waren in ihr zusammengekommen, zweierlei Blut floß durch ihre Adern, und sie litt darunter ...«

— aber wenn ein Mensch in Rußland wirklich etwas taugen soll, muß er mindestens von einer Elternseite her aus Deutschland abstammen, wie etwa die strahlende Heidin Maja, deren Mutter natürlich eine Deutsche ist. Von den Rotgardisten dagegen wäre ganz generell zu sagen:

»Es war die Hölle! Immer und ewig ein Kampf, ein Wehren gegen gierige Hände, gegen den Auswurf der Menschheit, die man auf das Gut gesteckt hatte. Waren alles »verdiente« Soldaten der alten Roten Armee.«

Dabei hat der Autor keine Ahnung vom Milieu, auf jeder Seite des Machwerkes merkt man, daß er Rußland nur aus der Nazipresse kennt, keinen Dunst von Moskau, das einmal in 15 Zeilen wie von Karlichen beschrieben wird. Ein hundsfötisches Deutsch wird verzapft. Es heißt da: »In Sprachen war er geradezu ein Polyglotte.« Worin sonst? Weiter:

»Es gibt Stuppen, da wird der Wissenschaftler zum animalsten Menschen, den es gibt.«

»Er begriff ihn nicht, stand dieser Tatsache überraschend gegenüber.«

»Er behandelte Wanda restlos als Dame.«

»Suche einen Weg zu uns! Die Liebe wird ihn Dir finden lassen!«

Schauergeschichte mit Courths-Mahler. Daß jeder Fluch wider die russische Diktatur gleichzeitig einer gegen Hitlerdeutschland ist, merkt der Autor im Eifer wohl kaum. Aber die Leser werden schmunzelnd folgende Stellen zur Notiz nehmen und sie einander weiterreichen:

»Ist denn Gottes Wille, daß wir Menschen in diesem Lande kein Recht mehr auf das Glück haben, kein Recht mehr auf die Freude, auf das Lachen! Ist denn Gottes Wille, daß wir alle Knechte werden mußten, daß unsere Freiheit starb?«

»Wo gibts Recht, Anständigkeit und Ehrenhaftigkeit in diesem Lande? Feig sind sie alle, ducken die Köpfe, keiner wagt ein Wort zu sagen! Sie haben uns ja zu einer Nation von Verrätern gemacht! Jeder Zweite ist ein Spitzel. Nicht aus Ueberzeugung, aus Angst. Jedes Volk hat das Schicksal, das es verdient.«

Diese Stellen bedeuten das wirkliche und einzige Verdienst eines Hintertreppenromans, dem Göbbels das obige Zitat verzeihen möge, denn es ist nun mal so, daß in Gangsterien nichts wider Gewalt, Unterdrückung und Gemeinheit geschrieben werden kann, ohne daß sich die Spitze unmittelbar gegen das Dritte Reich kehrt.

Drei Opus aus einem Nazibiatt, drei Schmarren, einer immer schundiger und kitschiger als der andere und den ganzen Jammer der neudeutschen Presse und ihrer Literatur entblößend. B. Br.

Der gerechte Lohn im Dritten Reich

Propagandastatistik — Lohnarbeiter in Bewegung

Die amtliche Lohnstatistik, durch die bewiesen werden sollte, daß Hitler seit seinem Machantritt Lohn und Preis stabil gehalten hätte, ist durch die im »Deutschland-Bericht der Sopade« veröffentlichte Uebersicht der tatsächlichen Arbeitseinkommen (»Neuer Vorwärts« Nr. 159/1936) schlagend widerlegt worden. Die Tarifsätze stehen auf dem Papier, entscheidend sind die Individual-einkommen (Leistungslohn) und eine bis aufs äußerste getriebene Akkordrickerel. Ganz im Gegensatz zu der Parole von den gleichbleibenden Löhnen und Preisen hat sich die Schere zwischen Lohn und Preis zu Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger weiter geöffnet. Mit der Atomisierung der Löhne und der Zerstörung jedes Kollektivismus ist das Lohn-diktat in die Hände der Unternehmer und ihrer Treuhänder gelegt worden.

Das Regime versucht — nicht ohne Erfolg — dem Ausland durch eine reine Propagandastatistik stabile Löhne vorzutäuschen, wo radikaler Lohnabbau zur Tatsache geworden ist. Das Reichsarbeitsblatt, das die Gesamtergebnisse der letzten Erhebung aus 15 Gewerben bekannt gibt, muß zugeben, daß man bewußt in den neuen Schwindelmethode der Reichsstatistik jede Vergleichsmöglichkeit mit den Erhebungen aus der Zeit der deutschen Republik unterbunden hat.

Im Gegensatz zu den bis 1934 durchgeführten Individualerhebungen, bei denen von den Betrieben über die Löhne einzelner Arbeiter berichtet wurde, werden die Angaben jetzt in Form summarischer Nachweisungen für die wichtigsten Arbeitergruppen erfragt...

Vergleiche mit den Lohnsätzen der Tarifordnungen und mit den Ergebnissen der früheren Individualerhebungen sind nicht möglich.

Das Statistische Reichsamt begnügt sich, aus einer Reihe ausgewählter Betriebe Durchschnittslöhne bekanntzugeben. Die frühere Gliederung der Lohnempfänger nach Funktionen, Alter, nach Stück- und Zeitlöhnen usw. ist bis auf eine sehr allgemein gehaltene Gruppenteilung in Wegfall gekommen.

Die Arbeiter haben zwar keine Möglichkeit, in organisierter Form gegen den Lohnabbau vorzugehen, doch äußert sich die Unzufriedenheit in zahlreichen Briefen, die den Redaktionen der Nazi-Presse zugehen. So heißt es in einem Brief eines Arbeiters im »Völkischen Beobachter« vom 7. Juni 1936:

»Kein Mensch, der sich mit Wirtschaft befaßt, wird glauben, daß die kapitalistische Wirtschaft verschwunden ist. Wohl ist die offizielle Geldbewirtschaftung eine andere, zwangsläufige geworden, aber nie war das Kapital mächtiger und bevorzugter als heute. Hat doch die Großindustrie bei uns ein richtiges Steuerprivileg im Gegensatz zur schaffenden Bevölkerung. Das ist auch schon rein kapitalistisch gedacht. Die Wirtschaft kann gewaltige Gewinne und Reserven aufspeichern, der Arbeiter wird verdrängt, bis eine ganze Reihe von Vorbedingungen erfüllt sind. Groß verdient und Klein erhält Wechsel auf die Zukunft...«

In der Blütezeit des Kapitalismus ging es nicht schöner zu.

Die Redaktion des »Völkischen Beobachters« gibt Kleinlaut zu:

»Vom Neidstandpunkt aus mit einem von Minderwertigkeitsgefühlen geschränkten Blick gesehen, liegen die Dinge tatsächlich, wenn man etwas übertreibt, wirklich so.«

In einem anderen Arbeiterbrief an den »Völkischen Beobachter« heißt es:

»Wir sind Arbeiter und verstehen nicht, was Sie zur Rechtfertigung der riesigen Unternehmensgewinne im »Völkischen Beobachter« über die Forderung einer Erhöhung des Tagesverdienstes um 50 Pfennig sagen. Das ist kein Nationalsozialismus, sondern Kapitalismus. Oder wo liegen nach Ihrer Ansicht da die Unterschiede? ... Alle Arbeitskollegen sind unserer Ansicht.«

Der »Völkische Beobachter« gibt zu, daß die Großkapitalisten eine Einkommenserhöhung von 2,3 Milliarden RM. gehabt haben.

»Was aber hätten die Arbeiter davon gehabt (wenn ihnen diese 2,3 Milliarden zugeflossen wären) im Arbeitstag 50 Pfennig.«

Das Blatt meint, bei der Verteilung an die Arbeiter wären sicher Durchstechereien vorgekommen und die Regierung hätte sich in »den schärfsten Gegensatz zur Wirtschaft hineinmanövriert und ihre Energie wäre, um ihre Position zu behaupten, vollständig gebunden worden.«

Deutlicher hat wohl das Zentraiblatt seine Abhängigkeit vom Großkapital noch niemals zugegeben. Zur gleichen Zeit aber wird den Arbeitern erneut versichert, daß die Lohnfrage nicht gelöst werden könne, solange die Arbeitskraft als Ware gehandelt wird. Als wenn die Arbeiter daran schuld wären, wenn

im Kapitalismus die Arbeitslöhne einen Bestandteil der Kalkulation bilden und mit den Rohstoffen, der Abschreibung von Maschinen und den übrigen Produktionskosten in einen Topf geworfen werden. Der Warencharakter der Arbeitskraft soll von den Nazis angeblich ersetzt werden durch den Gemeinschaftsgedanken und die neue soziale Ehrauffassung der Arbeit. Aber soeben verkündet das Reichsarbeitsgericht eine oberste Entscheidung über die Urlaubsvergütung an Kurzarbeiter, die diesem sozialen Ehrbegriff ins Gesicht schlägt.

Ein Lederarbeiter L. hatte nach 20 Dienstjahren einen Urlaubsanspruch auf 12 Arbeitstage. Da aber der Urlaub gerade in die Zeit einer sieben Wochen andauernden Kurzarbeit fiel, entschied das RAG, daß das Urlaubsentgelt nur nach der verkürzten Arbeitszeit gewährt werden könne. In der sogenannten Tarifordnung heißt es:

»Als Entgelt wird beim Urlaub den Stundenlöhnen der jeweils gültige Stundenlohn gezahlt.«

Entgegen den Entscheidungen der beiden Vorinstanzen, die dem Arbeiter sein volles Urlaubsentgelt zugesprochen hatten, stellte sich das Oberste Gericht auf den Standpunkt:

»Auch aus dem Gedanken der Betriebsverbundenheit läßt sich keineswegs folgern, daß derjenige, dessen Urlaubszeit in die Zeit der Kurzarbeit fällt, eine höhere Vergütung haben müsse, als derjenige, der in derselben Zeit arbeitete... er würde damit seinen Arbeitskameraden gegenüber besser gestellt.«

Mit dieser sophistischen Urteilsbegründung wird bereits der Schwindel enthüllt, wie er in letzter Zeit mit der Riesenpropaganda der Einführung von Urlaubskarten im Baugewerbe getrieben worden ist. Denn was bedeutet der bezahlte Urlaub, wenn die Not des Kurzarbeiters auf die Zeit seines Urlaubs übertragen wird.

Die Deutsche Arbeits-Korrespondenz versucht nun die in Bewegung geratenen Beleg-

schaften über das Lohnelend hinwegzutrusten, indem sie die »Wende zum Sozialismus« ankündigt, sobald die Arbeitslosigkeit überwunden sein wird. Den Unternehmern wird empfohlen, sich auf die kommende Konjunktur vorzubereiten und »vernünftig zu wirtschaften«.

»das heißt also ihre Gewinne sinnvoll für eine gesunde Rationalisierung zu verwenden.«

Die kommende »Lohnerhöhung« wird wieder einmal versprochen, indem die Unternehmungen zur verschärften Rationalisierung übergehen sollen. Jeder Arbeiter weiß, daß mit der fortschreitenden Rationalisierung neue Angriffe auf den Reallohn zu erwarten sind. Die Ausgestaltung des Antreiber-systems, die Senkung der Akkordsätze und ein weiteres Hetztempo der Arbeit sind geradezu die Voraussetzungen für den erhöhten Lohndruck. Die Arbeiter hätten, wären sie organisiert, vollauf zu tun, bei dieser neu angekündigten Rationalisierung den Ausgleich für die abgebauten Löhne zu schaffen, geschweige denn, daß an eine Steigerung der Reallohne bei der anhaltenden Teuerung zu denken wäre. Diese Abwehrmöglichkeit aber wird den deutschen Arbeitern durch verschärften Terror in den Betrieben völlig unterbunden. Es ist kein Zufall, daß im gegenwärtigen Stadium des Lohnabbaus die Gestapo den gewerkschaftlichen Regungen in den Betrieben ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt hat.

In dieser Situation wird aber die Lohnfrage im Dritten Reich zum starken Hebel der illegalen Widerstandsbewegung. Der Lohndruck ist ein Gradmesser für die Zuspitzung der Klassengegenstände. Die weitgehende Konzentration der unterirdischen Kräfte der deutschen Arbeiterklasse auf das Lohnproblem wird mit dazu beitragen, die organisierte Kraft gegen den arbeiterfeindlichen Faschismus zu gestalten.

Ley sorgt für das bessere Publikum

Soziale Bilanz von »Kraft durch Freude«.

Einen naiv-renommistischen Beitrag zum Wesen des als Gewerkschaftersatz dienenden Amüsierbetriebes von »Kraft durch Freude« im Rahmen der »Deutschen Arbeitsfront« liefert jetzt die »Gauwartung« des Gaues Essen der DAF. Sie setzt nämlich in der letzten Nummer der Ley-amtlichen »Deutschen Arbeitskorrespondenz« auseinander und rechnet nach, wer alles im letzten Jahr den Vorzug hatte, mit »Kraft durch Freude«, bestritten von den Beitragspfennigen von Millionen schwer arbeitender deutscher Menschen, die zum Zahlen gezwungen sind, durch die halbe Welt zu juxen. Und dabei kommt es an den Tag, daß »fast« die Hälfte der Fahrtteilnehmer Arbeiter, aber rund 40 Prozent Angestellte gewesen sind. Nun gibt es in Deutschland rund siebenmal so viel Arbeiter, als solche Berufstätige, die sich im Angestelltenverhältnis befinden. Danach kann man sich ausrechnen, was die Arbeiter in ihrer Gesamtheit zulegen müssen, um sogenannten »Bessersituierten« ohne oder mit Stehkragen zu einer weinfrohen Fahrt nach Madeira zu verhelfen! Noch drastischer kommt dieser eminent »soziale« Charakter der Leyschen Hauserrungenschaft in den folgenden Zahlen seiner so schlecht-naiven »Gauwartung Essen« zum Ausdruck: Nämlich: Fahrtteilnehmer mit einem Monateinkommen bis zu 100 Mark waren es nur 22 Prozent, Fahrtteilnehmer mit einem solchen bis zu 250 Mark aber waren es 28 Prozent. Welcher Arbeiter verdient heute in Deutschland noch 250 Mark? Man müßte ihn mit der Laterne suchen... Auch das beweist klar, daß sich Buchhalter, Kassierer und Prokuristen ihren Jux von den Zwangsbeiträgen der Aermsten der hitlerschen »Volksgemeinschaft« seelenruhig bezahlen lassen.

Wer nicht gibt der fliegt

Von dem früheren Konsumverein Leipzig-Plagwitz wurde kürzlich eine Verkäuferin fristlos entlassen, weil sie sich geweigert hatte, bei der Haussammlung für die Winterhilfe eine freiwillige Spende zu geben. Sie klagte beim Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung, wurde aber mit ihrer Klage abgewiesen. Das Landesarbeitsgericht hat das Urteil bestätigt und in der Begründung ausgeführt, daß die Klägerin eine besondere Verpflichtung zu einem »achtbaren Verhalten« gehabt habe. Die Klägerin hätte berücksichtigen müssen, »daß die Beklagte als Verbraucher-

genossenschaft, und zwar als früher vorwiegend unter marxistischer Führung und Aufsicht stehender Konsumverein ganz besonders darauf bedacht sein mußte, in jeder Weise jedweden Anlaß für eine Kritik, insbesondere für den Verdacht, daß die Beklagte oder einer ihrer Betriebsangehörigen noch von marxistischen und damit staatsfeindlichen Ideen erfüllt seien, zu vermeiden...« Dadurch, daß sie den NSV-Helferinnen keine Spende gegeben habe, »mußten sich diese wie schändliche abgewiesene Bettler vorkommen...« Die Klägerin hat damit nicht nur ihr eigenes, sondern auch das Ansehen der Beklagten bei der Bevölkerung in Verruf gebracht.

Wer demnach bei jedem Rundgang des bodenlosen nationalsozialistischen Klingelbeutels nicht freudig seine Spende hineintut, wird marxistischer und staatsfeindlicher Ideen verdächtigt und von seinem Arbeitsplatz gejagt.

So sehen die »freiwilligen« Sammlungen im Dritten Reich aus.

Zuerst den Krieg und dann der Mensch

Daß das Rüstungstempo in Deutschland noch immer beschleunigt wird, das wird auch durch die Einfuhrentwicklung in Eisenerzen bestätigt. Sie betrug:

	1934	1936
Januar	401.000 t	1.581.000 t
Februar	335.000 t	1.500.000 t
März	495.000 t	1.553.000 t
April	732.000 t	1.668.000 t
Mai	802.000 t	1.678.000 t

Während im ganzen Jahr 1934 8.265.000 t Eisenerz eingeführt worden sind, wurden allein in den ersten fünf Monaten 1936 mit 7.980.000 t fast die Jahreseinfuhr von 1934 erreicht.

Um diesen gewaltigen Umfang der Rohstoffeinfuhr für die Kriegerrüstung zu ermöglichen, muß die Nahrungsmittelfuhr gedrosselt werden. Wurden z. B. in den ersten fünf Monaten 1934 590 Millionen Stück Eier eingeführt, so in der gleichen Zeit 1936 379 Millionen Stück. Daher auch der akute Eiermangel in Deutschland. Für Hitler kommt zuerst die Befriedigung des Kriegsbedarfs und dann erst die Ernährung des Volkes.

Die Teuerung

In dem Bericht der Brandenburgischen Frühgemüse-Zucht- und Verwertungsgenossenschaft werden Angaben über die Durch-

schnittserlöse der Gesellschaft in den letzten Jahren gemacht. Es handelt sich dabei um Großhandelspreise. Danach kosteten im Glashaus erzeugte

	1933	1935
Gurken, 1 Stück	30 Pfg.	22,5 Pfg.
Tomaten, 1 Pfund	11 "	19,7 "
Kohlrabi, 1 Bund	45 "	46,9 "
Kopfsalat	4,1 "	6,8 "

Für die im freien Gelände erzeugten Gurken betrug der Preis 1932 2,7 Pfennige, 1935 5,9 Pfg. Für Tomaten in den gleichen Jahren 3,5 bzw. 8,9 Pfg.

Diese Ziffern illustrieren die außerordentlich starke Preissteigerung, die in Deutschland in den letzten Jahren für Frühgemüse zu verzeichnen ist.

Der Fleischverbrauch ist in Deutschland in den ersten sechs Monaten dieses Jahres durchschnittlich um 3 bis 7 Prozent im Monat hinter dem der gleichen Vorjahreszeit zurückgeblieben. Dieses Sinken des Fleischkonsums steht im schroffen Widerspruch zu der angeblich steigenden Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung, die durch die Besserschäftigung eingetreten sein soll. Die »Frankfurter Zeitung« versucht den Widerspruch damit aufzuklären, daß sie meint, in dieser Entwicklung komme »die inzwischen eingetretene, wenn auch begrenzte Erhöhung des Preisniveaus« zum Ausdruck.

Also auch hier das Eingeständnis der fortschreitenden Teuerung, die übrigens auch für eine Reihe anderer unentbehrlicher Lebensmittel zu beobachten ist, obwohl sie offiziell abgestritten wird.

»Leipziger Allerlei« stirbt den Helidentod

Devisen und Morcheln.

»Als Anlaß des Verbotes der Morchel-mischung (ins Gemüse) — so berichtet wehmütig der vierzehn Jahre der Schande, auch wohl ihrer Schande gedenkend die »Frankfurter Zeitung« — wird erwähnt, daß die Morchelbeschaffung im Ausland äußerst schwierig sei, so daß genügend Mengen nicht zur Verfügung ständen.«

Da ständen wir also am Massengrab des »Leipziger Allerlei« im Dritten Reich! Denn was wäre es schon ohne Morcheln? Aber sie haben ganz recht: Kanonen statt Morcheln — das ist die heroische Entscheidung! Erst recht beim »Führer« selbst, da er ja samt seinem Heiß vegetarisch sein Jahrhundert in die Schranken fordert. Wann wird Johst, diese edle echt nationalsozialistische Opfertat be-singen?

Miesmacherei

»Wohl weiß ich, daß in unserer Zeit Sorgen und Kämpfe, tägliches Ringen den großen Betrieben in besonderem Maße auferlegt sind. Ich brauche nur an die Rohstoffe, an die Export-, an die Arbeitszeitfragen zu erinnern.«

(Aus einer Rede des bayrischen Ministerpräsidenten bei der 100-Jahr-Feier der Augsburger Kammgarnspinnerei.)

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphica«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.